



Präsidenten des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**18/5108**

Alle Abgeordneten

5 Mai 2026  
Seite 1 von 1

Aktenzeichen  
P 1500-46/2025-24230 – IV A 6  
bei Antwort bitte angeben

Frau Smacka  
Telefon (0211) 4972 - 2563

bianca.smacka@fm.nrw.de

**Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in den Jahren 2026 bis 2028 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen**

Zuleitung nach Maßgabe der Parlamentsinformationsvereinbarung

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

gemäß Abschnitt I. Ziffer 1. der „Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung“ übersende ich den Entwurf für ein „Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in den Jahren 2026 bis 2028 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen“ parallel zur Einleitung der Verbändeanhörung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Marcus Optendrenk

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Jägerhofstr. 6  
40479 Düsseldorf  
Telefon (0211) 4972-0  
Telefax (0211) 4972-1217  
Poststelle@fm.nrw.de  
www.fm.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:  
U74 bis U79  
Haltestelle  
Heinrich Heine Allee



## **Gesetzentwurf der Landesregierung**

### **Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in den Jahren 2026 bis 2028 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen**

#### **A. Problem**

Die Empfängerinnen und Empfänger von Besoldung und Versorgung haben einen verfassungsrechtlich verankerten Anspruch auf Anpassung ihrer Bezüge entsprechend der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung.

Die Tarifparteien im öffentlichen Dienst der Länder haben sich mit der Tarifeinigung vom 14. Februar 2026 auf eine Erhöhung der monatlichen Tabellenentgelte

- um 2,8 Prozent, mindestens jedoch 100 Euro monatlich, ab dem 1. April 2026,
- um weitere 2 Prozent ab dem 1. März 2027 sowie
- um weitere 1 Prozent ab dem 1. Januar 2028

geeignet.

Der Tarifabschluss sieht daneben insbesondere eine Anhebung der monatlichen Ausbildungsentgelte

- um 60 Euro zum 1. April 2026,
- um weitere 60 Euro zum 1. März 2027 und
- um weitere 30 Euro zum 1. Januar 2028

vor.

Eine Übertragung der Tarifeinigung auf den Beamten- und Richterbereich steht derzeit noch aus.

Mit seiner Entscheidung vom 17. September 2025, Aktenzeichen 2 BvL 20/17 u.a., hat das Bundesverfassungsgericht seine Systematik zur Überprüfung der Amtangemessenheit der Alimentation grundlegend neu ausgerichtet. Die Mindestbesoldung muss seither nicht länger 15 Prozent über dem grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarf liegen, sondern orientiert sich nunmehr an der sogenannten Prekaritätsschwelle von 80 Prozent des Median-Äquivalenzeinkommens. Die Umsetzung dieser Entscheidung wirft verschiedene rechtliche und tatsächliche Fragestellungen auf und erfordert voraussichtlich tiefgreifende strukturelle Anpassungen des geltenden Besoldungsrechts. Diese Fragestellungen bedürfen einer umfassenden und gründlichen Prüfung, die noch Zeit in Anspruch nehmen wird. Zudem ist damit zu rechnen, dass die erforderlichen strukturellen Anpassungen auch in ihrer praktischen Umsetzung durch die die Bezüge zahlenden Stellen zu erheblichem Zeitaufwand führen werden.

Daneben werden zum 1. August 2026 als letzter Schritt des Gesetzes zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. Mai 2023 (GV. NRW. S. 317) alle Lehrkräfte der Primarstufe und der Sekundarstufe I kraft Gesetzes in Ämter der Besoldungsgruppe A 13 übergeleitet. Für das Amt „Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als Koordinatorin oder Koordinator –“ ist aber bereits derzeit eine Besoldung nach A 13 vorgesehen.

## **B. Lösung**

Nach Abschluss der Gespräche mit den Verbänden und Gewerkschaften hat sich die Landesregierung dazu entschlossen, in einem ersten Schritt das Ergebnis der Tarifverhandlungen eins zu eins auf die Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zu übertragen.

Die voraussichtlich erforderlichen strukturellen Anpassungen des Besoldungsrechts zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17. September 2025 sollen dagegen erst in einem zweiten Schritt nach Abschluss der erforderlichen Prüfungen umgesetzt werden.

Durch dieses Gesetz soll daher zunächst zum Zwecke einer Eins-zu-eins-Übertragung des Tarifabschlusses eine Anpassung der Bezüge für die Jahre 2026 bis 2028 vorgenommen werden.

Für das Jahr 2026 erfolgt ab dem 1. April 2026 eine Erhöhung

- der Grundgehälter sowie der Ober- und Untergrenzen der Grundgehaltsspannen für den Auslandszuschlag um 3,36 Prozent,
- der Grundbeträge für Anwärtnerinnen und Anwärter und der monatlichen Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, Justizsekretäranwärterinnen und Justizsekretäranwärter sowie Gerichtsvollzieheranwärterinnen und Gerichtsvollzieheranwärter in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis um 60 Euro und
- der weiteren, seit jeher an den regelmäßigen Besoldungsanpassungen teilnehmenden Bezügebestandteile (insbesondere Amtszulagen, Strukturzulage und Familienzuschläge) um 2,8 Prozent.

Der Erhöhungsprozentsatz für die Grundgehälter und die Ober- und Untergrenzen der Grundgehaltsspannen für den Auslandszuschlag von 3,36 Prozent stellt dabei sicher, dass in jeder Besoldungsgruppe und jeder Erfahrungsstufe mindestens eine Erhöhung des Grundgehalts um 100 Euro erfolgt. Die Umsetzung des Mindestbetrages in dieser Form erfolgt mit Blick auf das Abstandsgebot des Bundesverfassungsgerichts und zugleich im teilweisen Vorgriff auf das Erfordernis einer Stärkung der Grundgehälter im Rahmen der Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Für das Jahr 2027 erfolgt ab dem 1. März 2027 eine Erhöhung

- der Bezüge um 2 Prozent und
- der Grundbeträge für Anwärtnerinnen und Anwärter und der monatlichen Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, Justizsekretäranwärterinnen und Justizsekretäranwärter sowie Gerichtsvollzieheranwärterinnen sowie Gerichtsvollzieheranwärter in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis um 60 Euro.

Für das Jahr 2028 erfolgt ab dem 1. Januar 2028 eine Erhöhung

- der Bezüge um 1 Prozent und

- der Grundbeträge für Anwärtinnen und Bewerber und der monatlichen Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, Justizsekretäranwärtinnen und Justizsekretäranwärter sowie Gerichtsvollzieheranwärtinnen sowie Gerichtsvollzieheranwärter in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis um 30 Euro.

Die Ruhegehälter, die Witwen- und Waisengelder und die Unterhaltsbeiträge werden entsprechend den Grundgehältern für die Besoldung erhöht. Die übrigen dynamischen Versorgungsbestandteile wie Kindererziehungszuschläge, Kindererziehungsergänzungszuschläge, Pflegezuschläge, Kinderpflegezuschläge und der Unfallausgleich werden als dynamische Versorgungsbestandteile ebenfalls angepasst.

Mit der oben genannten Übertragung des Tarifabschlusses wird eine Teilhabe der Beamten- und Richterschaft sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger an der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in den Jahren 2026 bis 2028 sichergestellt.

Die Anpassung des Grundbetrags der monatlichen Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare erfolgt durch eine Änderung der Verordnung über die Gewährung einer monatlichen Unterhaltsbeihilfe an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare. Die Anpassung des Grundbetrags der monatlichen Unterhaltsbeihilfe für Justizsekretäranwärtinnen, Justizsekretäranwärter, Gerichtsvollzieheranwärtinnen und Gerichtsvollzieheranwärter in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis erfolgt durch Änderung der jeweiligen Ausbildungsordnung.

Zudem wird - ungeachtet weiterer Prüfungen - eine Amtszulage für das Amt „Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als Koordinatorin oder Koordinator –“ ausgebracht, damit sich dieses funktionsbezogene Beförderungsamts auch weiterhin von dem Einstiegsamt abhebt.

Daneben erfolgen notwendige Anpassungen im Rahmen der Ämterbewertung sowie klarstellende und redaktionelle Anpassungen im Landesbesoldungsgesetz sowie im Landesbeamtenversorgungsgesetz.

### **C. Alternativen**

Keine.

### **D. Kosten**

Die Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge einschließlich der Anpassung der Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, für Justizsekretäranwärtinnen und Justizsekretäranwärter in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis sowie für Gerichtsvollzieheranwärtinnen und Gerichtsvollzieheranwärter in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis führen zu Mehrausgaben für den Landeshaushalt von rund 0,7 Mrd. Euro im Jahr 2026, rund 1,5 Mrd. Euro im Jahr 2027 und rund 1,9 Mrd. Euro ab dem Jahr 2028.

Die Ausbringung der Amtszulage für das Amt „Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als Koordinatorin oder Koordinator –“ führt darüber hinaus zu jährlichen Mehrausgaben in Höhe von rund 1,6 Millionen Euro.

Die Anpassung im Rahmen der Ämterbewertung sowie die Ausbringung einer nicht ruhegehaltfähigen Stellenzulage für die Dauer der alleinigen Leitung des Steuerungsboards des Großfinanzamts „Finanzamt Köln“ führen zu zusätzlichen geringfügigen Haushaltsauswirkungen.

#### **E. Zuständigkeit**

Zuständig ist das Ministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz.

#### **F. Auswirkungen auf die Selbstverwaltung und die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände**

Für die übrigen Dienstherren des Landes entstehen Mehrausgaben in Abhängigkeit von der Zahl der jeweils Anspruchsberechtigten.

#### **G. Finanzielle Auswirkungen auf die Unternehmen und die privaten Haushalte**

Die vorgesehenen Einkommensanhebungen werden keine Änderungen von Angebots- und Nachfragestrukturen zur Folge haben, die Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, haben könnten. Zusätzliche Kosten für die Unternehmen entstehen nicht.

#### **H. Geschlechterdifferenzierte Betrachtung der Auswirkungen des Gesetzes**

Das Gesetz hat keine geschlechterspezifischen Auswirkungen.

#### **I. Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung (im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie NRW)**

Das Gesetz hat keine mittel- und langfristigen Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung im Land Nordrhein-Westfalen. Konflikte mit anderen Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen bestehen nicht.

#### **J. Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen**

Das Gesetz hat keine spezifischen Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen.

#### **K. Auswirkungen auf das E-Government und die Digitalisierung von Staat und Verwaltung (E-Government-Check)**

Das Gesetz hat keinen spezifischen Bezug zu Themen des E-Governments oder der Digitalisierung von Staat und Verwaltung. Die gesetzlichen Regelungen wirken sich weder auf Bereiche des E-Governments noch auf bestehende oder geplante Digitalisierungsaktivitäten und -prozesse im Land Nordrhein-Westfalen aus.

#### **L. Befristung**

Das in Artikel 19 normierte Gesetz zur Überleitung der Gesamtschulrektorinnen, Gesamtschulrektoren – als Koordinatorinnen oder Koordinatoren in Ämter der Besoldungsgruppe A 13 mit Amtszulage tritt ausweislich seines § 2 mit Ablauf des 31. Dezember 2026 außer Kraft.

**Gesetz**  
**zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in den Jahren 2026 bis 2028 sowie**  
**zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen**

**Vom X. Monat 2026**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

**Artikel 1**  
**Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

Das Landesbesoldungsgesetz vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. November 2025 (GV. NRW. 1068) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird in der Angabe zu § 17 die Angabe „2025“ durch die Angabe „2026“ ersetzt.
2. In § 3 Absatz 7 Satz 1 wird die Angabe „obersten Dienstbehörde oder der nach § 85 Absatz 1 oder 2 bestimmten Stelle“ durch die Angabe „nach § 85 Absatz 1 oder 2 bestimmten Stelle“ ersetzt.
3. § 17 wird durch den folgenden § 17 ersetzt:

**„§ 17**  
**Anpassung der Besoldung im Jahr 2026**

(1) Ab dem 1. April 2026 erhöhen sich um 3,36 Prozent

1. die Grundgehaltssätze der Landesbesoldungsordnungen A, B, R und W sowie die auslaufenden Grundgehaltssätze der Landesbesoldungsordnungen C und H und
2. die Ober- und Untergrenzen der Grundgehaltsspannen für den Auslandszuschlag.

(2) Ab dem 1. April 2026 erhöhen sich um 2,8 Prozent

1. der Familienzuschlag einschließlich der Erhöhungsbeträge,
2. die Amtszulagen,
3. die Strukturzulage,
4. die Stellenzulage nach § 56 Nummer 3,
5. die Beträge nach § 4 der Bundesmehrarbeitsvergütungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. November 2004 (BGBl. I S. 2774) geändert worden ist, in Verbindung mit § 92 Absatz 1 Nummer 3,
6. die Zuschüsse und Sonderzuschüsse nach den Vorbemerkungen Nummer 1 und Nummer 2 der fortgeltenden Besoldungsordnung C,

7. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse der fortgeltenden Landesbesoldungsordnung H und

8. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderer Bezüge nach Artikel 14 § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322), das durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334) geändert worden ist.

(3) Ab dem 1. April 2026 erhöhen sich die Anwärtergrundbeträge um 60 Euro.

(4) Die sich bei der Berechnung der erhöhten Beträge ergebenden Bruchteile eines Cents sind hinsichtlich der Beträge des Familienzuschlags der Stufe 1 auf den nächsten durch zwei teilbaren Centbetrag aufzurunden und im Übrigen kaufmännisch zu runden.

(5) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, die nach Absatz 2 Nummer 5 erhöhten Beträge im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekannt zu machen.“

4. Nach § 91 Absatz 13 wird der folgende Absatz 14 eingefügt:

„(14) Für das Jahr 2026 bedarf es abweichend von § 3 Absatz 7 keiner Geltendmachung eines Anspruchs auf Besoldung, der über die gesetzlich zustehende Besoldung hinaus geht.“

5. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

a) In der Gliederungseinheit „Besoldungsgruppe A 13“ wird nach der Angabe „Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als Koordinatorin oder Koordinator – 2)“ die Angabe „4)“ eingefügt.

b) Die Gliederungseinheit „Besoldungsgruppe A 16“ wird wie folgt geändert:

aa) Nach der Angabe „L e i t e n d e D i r e k t o r i n, L e i t e n d e r D i r e k t o r“ werden ein Leerzeichen und die Angabe „10)“ eingefügt.

bb) Nach der Fußnote 9 wird folgende Fußnote eingefügt:

„10) Erhält bei Wahrnehmung der alleinigen Leitung des Steuerboards in einem Großfinanzamt (Finanzamt Köln) eine Stellenzulage nach Anlage 15. Der Anspruch auf diese Zulage erlischt mit dem Ende der Evaluierungsphase des Finanzamts Köln am 31. Dezember 2030.“

6. Anlage 2 wird wie folgt geändert:

a) In der Gliederungseinheit „Besoldungsgruppe B 2“ werden nach der Angabe „Direktorin, Direktor des Instituts der Feuerwehr“ ein Absatz und die Angabe „Direktorin, Direktor des Landesbetriebs Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen“ eingefügt.

b) In der Gliederungseinheit „Besoldungsgruppe B 3“ wird die Angabe „Direktorin, Direktor der Fachhochschule für Rechtspflege  
Direktorin, Direktor der Hochschule für Finanzen Nordrhein-Westfalen“ durch die Angabe „Direktorin, Direktor der Hochschule für Finanzen Nordrhein-Westfalen

Direktorin, Direktor der Hochschule der Justiz Nordrhein-Westfalen“ ersetzt.

7. Die Anlagen 6 bis 16 werden durch die aus den Anhängen 1 bis 11 zu diesem Gesetz ersichtlichen Anlagen 6 bis 16 ersetzt.

8. Die Anlage 15 wird durch die aus dem Anhang 12 zu diesem Gesetz ersichtliche Anlage 15 ersetzt.

## **Artikel 2** **Weitere Änderung des Landesbesoldungsgesetzes ab dem 1. März 2027**

Das Landesbesoldungsgesetz, das zuletzt durch Artikel 1 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird in der Angabe zu § 17 die Angabe „2026“ durch die Angabe „2027“ ersetzt.

2. § 17 wird durch den folgenden § 17 ersetzt:

### **„§ 17** **Anpassung der Besoldung im Jahr 2027**

(1) Ab dem 1. März 2027 erhöhen sich um 2 Prozent

1. die Grundgehaltssätze der Landesbesoldungsordnungen A, B, R und W sowie die auslaufenden Grundgehaltssätze der Landesbesoldungsordnungen C und H,
2. der Familienzuschlag einschließlich der Erhöhungsbeträge,
3. die Amtszulagen,
4. die Strukturzulage,
5. die Stellenzulage nach § 56 Nummer 3,
6. die Ober- und Untergrenzen der Grundgehaltsspannen für den Auslandszuschlag,
7. die Beträge nach § 4 der Bundesmehrarbeitsvergütungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. November 2004 (BGBl. I S. 2774) geändert worden ist, in Verbindung mit § 92 Absatz 1 Nummer 3,
8. die Zuschüsse und Sonderzuschüsse nach den Vorbemerkungen Nummer 1 und Nummer 2 der fortgeltenden Besoldungsordnung C,
9. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse der fortgeltenden Landesbesoldungsordnung H und
10. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderer Bezüge nach Artikel 14 § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322), das durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334) geändert worden ist.

(2) Ab dem 1. März 2027 erhöhen sich die Anwärtergrundbeträge um 60 Euro.

(3) Die sich bei der Berechnung der erhöhten Beträge ergebenden Bruchteile eines Cents sind hinsichtlich der Beträge des Familienzuschlags der Stufe 1 auf den nächsten durch zwei teilbaren Centbetrag aufzurunden und im Übrigen kaufmännisch zu runden.

(4) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, die nach Absatz 1 Nummer 7 erhöhten Beträge im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekannt zu machen.“

3. Die Anlagen 6 bis 16 werden durch die aus den Anhängen 13 bis 23 zu diesem Gesetz ersichtlichen Anlagen 6 bis 16 ersetzt.

### **Artikel 3** **Weitere Änderung des Landesbesoldungsgesetzes ab dem 1. Januar 2028**

Das Landesbesoldungsgesetz, das zuletzt durch Artikel 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird in der Angabe zu § 17 die Angabe „2027“ durch die Angabe „2028“ ersetzt.

2. § 17 wird durch den folgenden § 17 ersetzt:

#### **„§ 17** **Anpassung der Besoldung im Jahr 2028**

(1) Ab dem 1. Januar 2028 erhöhen sich um 1 Prozent

1. die Grundgehaltssätze der Landesbesoldungsordnungen A, B, R und W sowie die auslaufenden Grundgehaltssätze der Landesbesoldungsordnungen C und H,

2. der Familienzuschlag einschließlich der Erhöhungsbeträge,

3. die Amtszulagen,

4. die Strukturzulage,

5. die Stellenzulage nach § 56 Nummer 3,

6. die Ober- und Untergrenzen der Grundgehaltsspannen für den Auslandszuschlag,

7. die Beträge nach § 4 der Bundesmehrarbeitsvergütungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. November 2004 (BGBl. I S. 2774) geändert worden ist, in Verbindung mit § 92 Absatz 1 Nummer 3,

8. die Zuschüsse und Sonderzuschüsse nach den Vorbemerkungen Nummer 1 und Nummer 2 der fortgeltenden Besoldungsordnung C,

9. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse der fortgeltenden Landesbesoldungsordnung H und

10. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderer Bezüge nach Artikel 14 § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322), das durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334) geändert worden ist.

(2) Ab dem 1. Januar 2028 erhöhen sich die Anwärtergrundbeträge um 30 Euro.

(3) Die sich bei der Berechnung der erhöhten Beträge ergebenden Bruchteile eines Cents sind hinsichtlich der Beträge des Familienzuschlags der Stufe 1 auf den nächsten durch zwei teilbaren Centbetrag aufzurunden und im Übrigen kaufmännisch zu runden.

(4) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, die nach Absatz 1 Nummer 7 erhöhten Beträge im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekannt zu machen.“

3. Die Anlagen 6 bis 16 werden durch die aus den Anhängen 24 bis 34 zu diesem Gesetz ersichtlichen Anlagen 6 bis 16 ersetzt.

#### **Artikel 4** **Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes**

Das Landesbeamtenversorgungsgesetz vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 27. Mai 2025 (GV. NRW. S. 464, 483) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „obersten Dienstbehörde oder der nach § 57 Absatz 2 bis 4 bestimmten Stelle“ durch die Angabe „nach § 57 Absatz 1 bis 4 zuständigen Stelle“ ersetzt.

2. § 39 Absatz 3 Satz 2 wird durch den folgenden Satz ersetzt:

„Kraftfahrzeughilfe wird gewährt, wenn die oder der Verletzte infolge des Dienstunfalls nicht nur vorübergehend auf die Benutzung eines Kraftfahrzeugs angewiesen ist.“

3. In § 52 Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „§ 63b des Soldatenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. September 2009 (BGBl. I S. 3054)“ durch die Angabe „§ 86 des Soldatenversorgungsgesetzes vom 20. August 2021 (BGBl. I S. 3932, 3958), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 29. Dezember 2025 (BGBl. I S. 370) geändert worden ist,“ ersetzt.

4. In § 59 Absatz 5 wird die Angabe „Für Zeiten, für die kein Kindererziehungszuschlag zusteht, wird ein Kindererziehungsergänzungszuschlag gezahlt, wenn“ durch die Angabe „Ab dem Tage der Geburt wird für Zeiten, für die kein Kindererziehungszuschlag zusteht, ein Kindererziehungsergänzungszuschlag gezahlt, soweit“ ersetzt.

5. § 61 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 wird durch den folgenden Satz ersetzt:

„War eine Beamtin oder ein Beamter nach § 3 Satz 1 Nummer 1a des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch versicherungspflichtig, weil sie oder er eine oder mehrere pflegebedürftige Personen nicht erwerbsmäßig gepflegt hat, wird für die Zeit der Pflege ein einfacher Pflegezuschlag neben dem Ruhegehalt gewährt.“

b) Nach Satz 2 wird der folgende Satz eingefügt:

„Eine Pflegetätigkeit während des Ruhestandes kann nicht zu einer Erhöhung des Ruhegehalts um einen Pflegezuschlag führen.“

6. § 66 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 wird die Angabe „zuzüglich 648,67 Euro“ durch die Angabe „sowie eines Betrages in Höhe von vierzehn Zwölfteln der Geringfügigkeitsgrenze im Sinne des § 8 Absatz 1a des Vierten Buches Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 2009 (BGBl. I S. 3710, 3973; 2011 I S. 363), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. April 2026 (BGBl. 2026 I Nr. 107) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.

b) Absatz 5 Satz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 4 wird die Angabe „sowie“ durch ein Komma ersetzt.

bb) In Nummer 5 wird die Angabe „Landesbeamtengesetzes.“ durch die Angabe „Landesbeamtengesetzes sowie“ ersetzt.

cc) Nach Nummer 5 wird die folgende Nummer 6 eingefügt:

„6. der Zuschlag nach § 71a des Landesbesoldungsgesetzes.“

c) Die Absätze 10 bis 12 werden gestrichen.

7. § 71 Absatz 6 wird durch den folgenden Absatz 6 ersetzt:

„(6) Einmal-, Sonder-, Jahressonderzahlungen und ähnliche Leistungen, die zu den in den §§ 66 bis 70 genannten Einkommens- oder Versorgungsarten gehören, und zusätzlich zu Leistungen im Sinne der §§ 66 bis 70 gewährt werden, sind bei der Anwendung der Ruhens- und Anrechnungsvorschriften im jeweiligen Auszahlungsmonat zu berücksichtigen; § 66 Absatz 5 Satz 6 findet auf diese Zahlungen keine Anwendung.“

8. § 84 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 wird die Angabe „78,26 Euro“ durch die Angabe „80,45 Euro“ und die Angabe „77,34 Euro“ wird durch die Angabe „79,51 Euro“ ersetzt.

b) Nach Absatz 3 werden die folgenden Absätze 3a und 3b eingefügt:

„(3a) Der Monatsbetrag im Sinne des § 72 Absatz 2 Satz 2 erhöht sich ab dem 1. April 2026 um 2,8 Prozent.

(3b) Für das Jahr 2026 bedarf es abweichend von § 3 Absatz 4 keiner Geltendmachung eines Anspruchs auf Versorgung, der über die gesetzlich zustehende Versorgung hinaus geht.“

9. Die Anlagen 1 und 2 werden durch die aus den Anhängen 35 und 36 zu diesem Gesetz ersichtlichen Anlagen 1 und 2 ersetzt.

## **Artikel 5**

### **Weitere Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes ab dem 1. März 2027**

Das Landesbeamtenversorgungsgesetz, das zuletzt durch Artikel 4 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 84 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 wird die Angabe „80,45 Euro“ durch die Angabe „82,06 Euro“ und die Angabe „79,51 Euro“ wird durch die Angabe „81,10 Euro“ ersetzt.

b) Absatz 3a wird gestrichen.

2. Die Anlagen 1 und 2 werden durch die aus den Anhängen 37 und 38 zu diesem Gesetz ersichtlichen Anlagen 1 und 2 ersetzt.

## **Artikel 6**

### **Weitere Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes ab dem 1. Januar 2028**

Das Landesbeamtenversorgungsgesetz, das zuletzt durch Artikel 5 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 84 Absatz 3 wird die Angabe „82,06 Euro“ durch die Angabe „82,88 Euro“ und die Angabe „81,10 Euro“ wird durch die Angabe „81,91 Euro“ ersetzt.

2. Die Anlagen 1 und 2 werden durch die aus den Anhängen 39 und 40 zu diesem Gesetz ersichtlichen Anlagen 1 und 2 ersetzt.

## **Artikel 7**

### **Änderung der Verordnung über die Gewährung einer monatlichen Unterhaltsbeihilfe an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare**

Die Verordnung über die Gewährung einer monatlichen Unterhaltsbeihilfe an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare vom 31. Oktober 2014 (GV. NRW. S. 716), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 1. Dezember 2024 (GV. NRW. S. 926) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In § 1 Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „1 525,17“ durch die Angabe „1 585,17“ ersetzt.

## **Artikel 8**

### **Weitere Änderung der Verordnung über die Gewährung einer monatlichen Unterhaltsbeihilfe an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare ab dem 1. März 2027**

Die Verordnung über die Gewährung einer monatlichen Unterhaltsbeihilfe an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, die zuletzt durch Artikel 7 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In § 1 Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „1 585,17“ durch die Angabe „1 645,17“ ersetzt.

**Artikel 9**  
**Weitere Änderung der Verordnung über die Gewährung einer**  
**monatlichen Unterhaltsbeihilfe an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare ab**  
**dem 1. Januar 2028**

Die Verordnung über die Gewährung einer monatlichen Unterhaltsbeihilfe an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, die zuletzt durch Artikel 8 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In § 1 Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „1 645,17“ durch die Angabe „1 675,17“ ersetzt.

**Artikel 10**  
**Änderung der Ausbildungsordnung Justizdienst 1.2**  
**im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis**

Die Ausbildungsordnung Justizdienst 1.2 im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis vom 27. April 2018 (GV. NRW. S. 212), die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 29. Oktober 2024 (GV. NRW. S. 656) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In § 3 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „2 582,32“ durch die Angabe „2 642,32“ ersetzt.

**Artikel 11**  
**Weitere Änderung der Ausbildungsordnung Justizdienst 1.2**  
**im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis ab dem 1. März 2027**

Die Ausbildungsordnung Justizdienst 1.2 im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis, die zuletzt durch Artikel 10 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In § 3 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „2 642,32“ durch die Angabe „2 702,32“ ersetzt.

**Artikel 12**  
**Weitere Änderung der Ausbildungsordnung Justizdienst 1.2**  
**im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis ab dem 1. Januar 2028**

Die Ausbildungsordnung Justizdienst 1.2 im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis, die zuletzt durch Artikel 11 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In § 3 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „2 702,32“ durch die Angabe „2 732,32“ ersetzt.

**Artikel 13**  
**Änderung der Ausbildungsordnung für den Gerichtsvollzieherdienst  
im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis**

Die Ausbildungsordnung für den Gerichtsvollzieherdienst im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis vom 12. Juli 2021 (GV. NRW. S. 920), die zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 29. Oktober 2024 (GV. NRW. S. 656) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In § 5 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „2 582,32“ durch die Angabe „2 642,32“ ersetzt.

**Artikel 14**  
**Weitere Änderung der Ausbildungsordnung für den Gerichtsvollzieherdienst  
im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis ab dem 1. März 2027**

Die Ausbildungsordnung für den Gerichtsvollzieherdienst im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis, die zuletzt durch Artikel 13 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In § 5 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „2 642,32“ durch die Angabe „2 702,32“ ersetzt.

**Artikel 15**  
**Weitere Änderung der Ausbildungsordnung für den Gerichtsvollzieherdienst  
im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis ab dem 1. Januar 2028**

Die Ausbildungsordnung für den Gerichtsvollzieherdienst im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis, die zuletzt durch Artikel 14 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In § 5 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „2 702,32“ durch die Angabe „2 732,32“ ersetzt.

**Artikel 16**  
**Änderung der Erschwerniszulagenverordnung**

Die Erschwerniszulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3498), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 6. Dezember 2024 (GV. NRW. S. 1123) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 1 Nummer 1 wird die Angabe „4,13“ durch die Angabe „4,25“ ersetzt.
2. In § 17 wird die Angabe „1,96“ durch die Angabe „2,01“ ersetzt.

**Artikel 17**  
**Weitere Änderung der Erschwerniszulagenverordnung ab dem 1. März 2027**

Die Erschwerniszulagenverordnung, die zuletzt durch Artikel 16 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 1 Nummer 1 wird die Angabe „4,25“ durch die Angabe „4,34“ ersetzt.
2. In § 17 wird die Angabe „2,01“ durch die Angabe „2,05“ ersetzt.

### **Artikel 18**

#### **Weitere Änderung der Erschwerniszulagenverordnung ab dem 1. Januar 2028**

Die Erschwerniszulagenverordnung, die zuletzt durch Artikel 17 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 1 Nummer 1 wird die Angabe „4,34“ durch die Angabe „4,38“ ersetzt.
2. In § 17 wird die Angabe „2,05“ durch die Angabe „2,07“ ersetzt.

### **Artikel 19**

#### **Gesetz zur Überleitung der Gesamtschulrektorinnen, Gesamtschulrektoren – als Koordinatorinnen oder Koordinatoren in Ämter der Besoldungsgruppe A 13 mit Amtszulage**

#### **§ 1**

#### **Überleitung**

Beamtinnen und Beamte mit dem Amt „Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als Koordinatorin oder Koordinator <sup>2)</sup>“ der Besoldungsgruppe A 13 der Landesbesoldungsordnung A des Landesbesoldungsgesetzes werden in das Amt „Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als Koordinatorin oder Koordinator <sup>2) 4)</sup>“ der Besoldungsgruppe A 13 mit Amtszulage der Landesbesoldungsordnung A des Landesbesoldungsgesetzes übergeleitet und in eine entsprechende Planstelle eingewiesen.

#### **§ 2**

#### **Außerkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2026 außer Kraft.

#### **§ 3**

#### **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. August 2026 in Kraft.

### **Artikel 20**

#### **Inkrafttreten**

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 bis 7 mit Wirkung vom 1. April 2026 in Kraft.

(2) Artikel 1 Nummer 5 Buchstabe a und Artikel 19 treten am 1. August 2026 in Kraft.

(3) Artikel 1 Nummer 5 Buchstabe b und Nummer 8 treten am 1. Januar 2027 in Kraft.

(4) Artikel 4 Nummer 6 Buchstabe a tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2026 in Kraft.

(5) Artikel 1 Nummer 2 und Artikel 4 Nummer 1 bis 5, 6 Buchstabe b und Nummer 7 treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(6) Artikel 2, 5, 8, 11, 14 und 17 treten am 1. März 2027 in Kraft.

(7) Artikel 3, 6, 9, 12, 15 und 18 treten am 1. Januar 2028 in Kraft.

Düsseldorf, den X. Monat 2026

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident  
Hendrik W ü s t

Die Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie  
Mona N e u b a u r

Der Minister der Finanzen  
Dr. Marcus O p t e n d r e n k

Der Minister des Innern  
Herbert R e u l

Die Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration  
Verena S c h ä f f e r

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
Karl-Josef L a u m a n n

Die Ministerin für Schule und Bildung  
Dorothee F e l l e r

Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung  
Ina S c h a r r e n b a c h

Der Minister der Justiz  
Dr. Benjamin L i m b a c h

Der Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr  
Oliver K r i s c h e r

Die Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Silke G o r i ß e n

Die Ministerin für Kultur und Wissenschaft  
Ina B r a n d e s

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef  
der Staatskanzlei  
Nathanael L i m i n s k i

**Anhang 1**  
**(zu Artikel 1 Nummer 7)**

**Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 6**  
Gültig ab 1. April 2026

**Landesbesoldungsordnung A**

Besoldungsgruppe	2 - Jahres - Rhythmus				3 - Jahres - Rhythmus				4 - Jahres - Rhythmus			
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 5			3076,37	3145,21	3214,05	3282,90	3351,75	3420,60	3489,46	3558,32		
A 6			3128,27	3203,86	3279,46	3355,07	3430,67	3506,25	3581,84	3657,40		
A 7			3215,64	3309,66	3403,66	3497,60	3591,62	3658,72	3725,87	3793,02		
A 8			3297,34	3417,78	3538,22	3658,68	3779,14	3859,42	3939,72	4020,04	4100,31	
A 9			3438,22	3565,23	3692,22	3819,22	3946,23	4033,49	4120,87	4208,16	4295,45	
A 10			3693,51	3856,20	4018,94	4181,64	4344,38	4452,85	4561,86	4672,80	4783,77	
A 11			4047,72	4209,60	4371,53	4533,45	4698,97	4809,35	4919,78	5031,72	5144,33	5256,99
A 12				4504,78	4701,47	4898,95	5099,22	5233,52	5367,79	5502,12	5636,43	5770,65
A 13					5221,48	5438,95	5656,44	5801,45	5946,45	6091,47	6236,50	6381,49
A 14					5530,75	5812,82	6094,83	6282,88	6470,89	6658,95	6846,99	7035,03
A 15						6355,71	6665,80	6913,86	7161,95	7410,06	7658,16	7906,23
A 16						6981,43	7340,03	7626,98	7913,91	8200,79	8487,74	8774,66

**Anhang 2**  
**(zu Artikel 1 Nummer 7)**

**Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 7**  
Gültig ab 1. April 2026

**Landesbesoldungsordnung B**

<b>Besoldungsgruppe</b>	
B 1	7906,23
B 2	9137,62
B 3	9658,97
B 4	10204,98
B 5	10831,40
B 6	11422,98
B 7	11998,38
B 8	12598,17
B 9	13342,81
B 10	15655,35
B 11	16251,33



**Anhang 4**  
**(zu Artikel 1 Nummer 7)**

**Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 9**  
Gültig ab 1. April 2026

**Landesbesoldungsordnung W**

<b>Besoldungsgruppe</b>	
W 1	5590,96
W 2	7288,92
W 3	8028,44

**Anhang 5**  
**(zu Artikel 1 Nummer 7)**

**Grundgehaltssätze - auslaufend -**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 10**  
Gültig ab 1. April 2026

**Landesbesoldungsordnung C**

Besoldungs- gruppe/Stufe	2 - Jahres - Rhythmus														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	4506,21	4647,67	4789,79	4931,94	5076,46	5221,48	5366,45	5511,47	5656,44	5801,45	5946,45	6091,47	6236,50	6381,49	
C 2	4514,89	4740,89	4967,64	5198,79	5429,83	5660,92	5892,01	6123,12	6354,18	6585,28	6816,37	7047,44	7278,52	7509,63	7740,72
C 3	4924,88	5185,89	5447,54	5709,21	5970,86	6232,55	6494,20	6755,84	7017,50	7279,13	7540,79	7802,47	8064,12	8325,79	8587,44
C 4	6156,07	6419,11	6682,14	6945,18	7208,20	7471,22	7734,32	7997,28	8260,30	8523,34	8786,39	9049,41	9312,45	9575,48	9838,49

**Anhang 6**  
**(zu Artikel 1 Nummer 7)**

**Grundgehaltssätze - auslaufend -**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 11**  
Gültig ab 1. April 2026

**Landesbesoldungsordnung H**

<b>Besoldungs- gruppe/Stufe</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>12</b>	<b>13</b>	<b>14</b>	<b>15</b>
H 1	4506,21	4647,67	4789,77	4931,94	5076,46	5221,46	5366,46	5511,47	5656,44	5801,45	5946,45	6091,48	6236,50	6381,49	
H 2	4597,71	4782,06	4966,61	5154,66	5342,71	5530,74	5718,75	5906,80	6094,83	6282,88	6470,89	6658,95	6846,99	7035,03	
H 3	5011,90	5218,63	5425,41	5632,14	5838,86	6045,62	6252,32	6459,03	6665,80	6872,55	7079,31	7285,98	7492,73	7699,48	7906,23
H 4	5427,28	5666,37	5905,46	6144,58	6383,66	6622,73	6861,89	7100,93	7340,07	7579,18	7818,27	8057,34	8296,46	8535,59	8774,66
H 5	6697,76	6958,28	7218,77	7479,27	7739,76	8000,24	8260,79	8521,23	8781,74	9042,22	9302,71	9563,21	9823,75	10084,20	10344,70

**Anhang 7**  
**(zu Artikel 1 Nummer 7)**

**Anwärtergrundbetrag**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 12**  
Gültig ab 1. April 2026

<b>Besoldungsgruppe des Einstiegsamtes, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt</b>	<b>Grundbetrag</b>
A 5 bis A 8	1559,78
A 9 bis A 11	1615,68
A 12	1760,37
A 13	1793,28
A 13 mit Zulage nach § 47 Buchstabe d	1829,43

## Anhang 8 (zu Artikel 1 Nummer 7)

### Familienzuschlag für Beamtinnen und Beamte (Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 13**  
Gültig ab 1. April 2026

**Stufe 1**  
**(§ 43 Absatz 1)**

Besoldungsgruppen A 5 und A 6	169,26
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	167,26
übrige Besoldungsgruppen	173,50

**Stufe 2**  
**(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	323,89	323,89	373,17	518,14	650,94	793,75	954,44
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	320,07	320,07	369,36	514,32	647,13	789,94	950,62
übrige Besoldungsgruppen	324,52	324,52	373,81	518,76	651,57	794,39	955,05

**Stufe 3**  
**(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	737,09	880,30	1027,88	1199,36	1361,94	1529,08	1724,50
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	731,44	874,66	1022,24	1193,72	1356,29	1523,45	1718,87
übrige Besoldungsgruppen	734,08	877,30	1024,87	1196,36	1358,93	1526,09	1721,50

**Stufe 4**  
**(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	1450,50	1615,85	1789,38	1991,40	2176,88	2373,13	2600,78
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	1439,21	1604,55	1778,08	1980,11	2165,58	2361,84	2589,49
übrige Besoldungsgruppen	1436,24	1601,59	1775,12	1977,14	2162,61	2358,88	2586,52

**Stufe 5**  
**(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	2169,15	2359,21	2559,84	2789,90	2999,21	3237,91	3498,95
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	2152,20	2342,26	2542,88	2772,95	2982,26	3220,96	3482,00
übrige Besoldungsgruppen	2143,64	2333,69	2534,32	2764,39	2973,69	3212,40	3473,44

**Für das fünfte und jedes weitere im Familienzuschlag zu berücksichtigende Kind erhöht sich der Familienzuschlag um**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	760,89	788,82	819,69	851,89	879,53	928,98	968,42
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	755,23	783,16	814,02	846,23	873,87	923,32	962,76
übrige Besoldungsgruppen	749,64	777,56	808,43	840,64	868,27	917,73	957,16

**Erhöhungsbetrag für die Besoldungsgruppe A 5:**

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich in der Besoldungsgruppe A 5 für das erste zu berücksichtigende Kind um 8,65 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 25,87 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

**noch Anhang 8  
(zu Artikel 1 Nummer 7)**

**Familienzuschlag  
für Anwärterinnen und Anwärter\***  
(Monatsbeträge in Euro)

**noch Anlage 13**

Gültig ab 1. April 2026

**Stufe 1  
(§ 43 Absatz 1)**

Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	167,26
übrige Besoldungsgruppen	175,62

**Stufe 2  
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	320,07	320,07	369,36	514,32	647,13	789,94	950,62
übrige Besoldungsgruppen	328,44	328,44	377,74	522,69	655,48	798,30	958,98

**Stufe 3  
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	731,44	874,66	1022,24	1193,72	1356,29	1523,45	1718,87
übrige Besoldungsgruppen	739,81	883,02	1030,60	1202,08	1364,66	1531,81	1727,23

**Stufe 4  
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	1439,21	1604,55	1778,08	1980,11	2165,58	2361,84	2589,49
übrige Besoldungsgruppen	1447,57	1612,92	1786,45	1988,47	2173,95	2370,20	2597,85

**Stufe 5  
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	2152,20	2342,26	2542,88	2772,95	2982,26	3220,96	3482,00
übrige Besoldungsgruppen	2160,57	2350,62	2551,25	2781,32	2990,62	3229,33	3490,37

**Für das fünfte und jedes weitere im Familienzuschlag zu berücksichtigende Kind erhöht sich der Familienzuschlag um**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	755,23	783,16	814,02	846,23	873,87	923,32	962,76
übrige Besoldungsgruppen	755,23	783,16	814,02	846,23	873,87	923,32	962,76

**Erhöhungsbetrag für die Besoldungsgruppe A 5:**

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 8,52 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 25,57 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

## Anhang 9 (zu Artikel 1 Nummer 7)

### Amtszulagen und Strukturzulage

(Monatsbeträge in Euro)

### Anlage 14

Gültig ab 1. April 2026

#### Amtszulagen

nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe A 5	95,18
nach Fußnote 1 und 4 zur Besoldungsgruppe A 6	95,18
nach Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe A 7	94,04
nach Fußnote 8 zur Besoldungsgruppe A 7	50 Prozent des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe A 9 kw	374,97
nach Fußnote 1 und 4 zur Besoldungsgruppe A 9	374,97
nach Fußnote 4 zur Besoldungsgruppe A 13	261,26
nach Fußnote 5 zur Besoldungsgruppe A 13	366,70
nach Fußnote 8, 10 und 11 zur Besoldungsgruppe A 13	381,08
nach Fußnote 12 zur Besoldungsgruppe A 13	304,25
nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 14	261,26
nach Fußnote 4 zur Besoldungsgruppe A 14	261,26
nach Fußnote 9 zur Besoldungsgruppe A 14	403,65
nach Fußnote 10 zur Besoldungsgruppe A 14	623,19
nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 15	261,26
nach Fußnote 4 zur Besoldungsgruppe A 15	261,26
nach Fußnote 6 zur Besoldungsgruppe A 15	261,26
nach Fußnote 8 zur Besoldungsgruppe A 15	261,26
nach Fußnote 11 zur Besoldungsgruppe A 15	256,37
nach Fußnote 1 und 2 zur Besoldungsgruppe R 1	288,84
nach Fußnote 3 bis 8 zur Besoldungsgruppe R 2	288,84
nach Fußnote 9 zur Besoldungsgruppe R 2	433,26
nach Fußnote 3 und 5 zur Besoldungsgruppe R 3	288,84
nach § 46	292,18

#### Strukturzulage

nach § 47	
Buchstabe a	11,68
Buchstabe b	
Doppelbuchstabe aa	93,43
Doppelbuchstabe bb	105,50
Buchstabe c	117,25
Buchstabe d	117,25
nach § 87 Absatz 4 Satz 3	117,25

**Anhang 10**  
**(zu Artikel 1 Nummer 7)**

**Stellenzulagen und andere Zulagen**

(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 15**

Gültig ab 1. April 2026

nach Fußnote 5 zur Besoldungsgruppe A 9	8 Prozent des Endgrundgehaltes der Besoldungsgruppe A 9
nach Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe A 13 kw	78,61
nach Fußnote 7 zur Besoldungsgruppe A 13 kw	18,35
nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 14 kw	48,45
nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe C 2 kw	106,93
nach Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe B 2	117,92
nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe B 3	117,92

nach § 49 oder § 50 oder § 51	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	66,87
A 7 und A 8 und für Anwärter	66,08
ab A 9	65,28
von zwei Jahren in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	133,75
A 7 und A 8 und für Anwärter	132,16
ab A 9	130,56
nach § 52	
Die Zulage beträgt	
in der Laufbahngruppe 1 mit dem zweiten Einstiegsamt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	17,90
A 7 und A 8	17,69
ab A 9	17,48
in der Laufbahngruppe 2 mit dem ersten Einstiegsamt	39,31

nach § 53 Abs. 1	
Nummer 1	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	386,54
A 7 und A 8	381,94
ab A 9	377,33
Nummer 2	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	309,23
A 7 und A 8	305,54
ab A 9	301,86

**noch Anhang 10  
(zu Artikel 1 Nummer 7)**

**noch Anlage 15**

Gültig ab 1. April 2026

nach § 55 Abs. 1 Nummer 1	
in voller Höhe	153,75
in Höhe von 2/3	102,50
nach § 55 Abs. 1 Nummer 2	93,17
nach § 55 Abs. 1 Nummer 3	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
A 13	21,75
A 14	57,42
nach § 55 Abs. 1 Nummer 4	
a) als Fachkraft	153,75
b) als Leiterin oder Leiter	256,25
nach § 56 Nummer 1	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
A 6	161,06
A 7 und A 8	159,14
A 9	157,23
ab A 10	196,52
nach § 56 Nummer 2	
bis A 6	40,27
A 7 und A 8	39,79
ab A 9	39,31
nach § 56 Nummer 3	146,66
nach § 63	266,50
nach § 64	
Die Zulage beträgt bei gleichzeitiger Ausübung eines Amtes in	
R 1	210,68
R 2	235,83
nach § 67	102,26

**Anhang 11  
(zu Artikel 1 Nummer 7)**

**Anlage 16**  
Gültig ab 1. April 2026

**Auslandsbesoldung**

**Auslandszuschlag**

VI.1 (Monatsbeträge in Euro)

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Grundgehaltsspanne	bis 3.076,37	3.076,38 bis 3.184,77	3.184,78 bis 3.568,90	3.568,91 bis 3.991,31	3.991,32 bis 4.472,88	4.472,89 bis 5.021,26	5.021,27 bis 5.655,38	5.655,39 bis 6.375,82	6.375,83 bis 7.194,49	7.194,50 bis 8.124,59	8.124,60 bis 9.181,42	9.181,43 bis 10.382,21	10.382,22 bis 11.746,57	11.746,58 bis 13.296,83	ab 13.296,84
Zonenstufe	Die betragsmäßige Zuordnung ergibt sich aus Anlage VI, Tabelle VI.1 zum Bundesbesoldungsgesetz.														
1															
2															
3															
4															
5															
6															
7															
8															
9															
10															
11															
12															
13															
14															
15															
16															
17															
18															
19															
20															

**Anhang 12**  
**(zu Artikel 1 Nummer 8)**

**Stellenzulagen und andere Zulagen**

(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 15**

Gültig ab 1. Januar 2027

nach Fußnote 5 zur Besoldungsgruppe A 9	8 Prozent des Endgrundgehaltes der Besoldungsgruppe A 9
nach Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe A 13 kw	18,35
nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 14 kw	48,45
nach Fußnote 10 zur Besoldungsgruppe A 16	388,80
nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe C 2 kw	106,93
nach Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe B 2	117,92
nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe B 3	117,92

nach § 49 oder § 50 oder § 51	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	66,87
A 7 und A 8 und für Anwärter	66,08
ab A 9	65,28
von zwei Jahren in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	133,75
A 7 und A 8 und für Anwärter	132,16
ab A 9	130,56
nach § 52	
Die Zulage beträgt	
in der Laufbahngruppe 1 mit dem zweiten Einstiegsamt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	17,90
A 7 und A 8	17,69
ab A 9	17,48
in der Laufbahngruppe 2 mit dem ersten Einstiegsamt	39,31

nach § 53 Abs. 1	
Nummer 1	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	386,54
A 7 und A 8	381,94
ab A 9	377,33
Nummer 2	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	309,23
A 7 und A 8	305,54
ab A 9	301,86

**noch Anhang 12  
(zu Artikel 1 Nummer 8)**

**noch Anlage 15**

Gültig ab 1. Januar 2027

nach § 55 Abs. 1 Nummer 1	
in voller Höhe	153,75
in Höhe von 2/3	102,50
nach § 55 Abs. 1 Nummer 2	93,17
nach § 55 Abs. 1 Nummer 3	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
A 13	21,75
A 14	57,42
nach § 55 Abs. 1 Nummer 4	
a) als Fachkraft	153,75
b) als Leiterin oder Leiter	256,25
nach § 56 Nummer 1	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
A 6	161,06
A 7 und A 8	159,14
A 9	157,23
ab A 10	196,52
nach § 56 Nummer 2	
bis A 6	40,27
A 7 und A 8	39,79
ab A 9	39,31
nach § 56 Nummer 3	146,66
nach § 63	266,50
nach § 64	
Die Zulage beträgt bei gleichzeitiger Ausübung eines Amtes in	
R 1	210,68
R 2	235,83
nach § 67	102,26

**Anhang 13**  
**(zu Artikel 2 Nummer 3)**

**Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 6**  
Gültig ab 1. März 2027

**Landesbesoldungsordnung A**

Besoldungsgruppe	2 - Jahres - Rhythmus				3 - Jahres - Rhythmus				4 - Jahres - Rhythmus			
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 5			3137,90	3208,11	3278,33	3348,56	3418,79	3489,01	3559,25	3629,49		
A 6			3190,84	3267,94	3345,05	3422,17	3499,28	3576,38	3653,48	3730,55		
A 7			3279,95	3375,85	3471,73	3567,55	3663,45	3731,89	3800,39	3868,88		
A 8			3363,29	3486,14	3608,98	3731,85	3854,72	3936,61	4018,51	4100,44	4182,32	
A 9			3506,98	3636,53	3766,06	3895,60	4025,15	4114,16	4203,29	4292,32	4381,36	
A 10			3767,38	3933,32	4099,32	4265,27	4431,27	4541,91	4653,10	4766,26	4879,45	
A 11			4128,67	4293,79	4458,96	4624,12	4792,95	4905,54	5018,18	5132,35	5247,22	5362,13
A 12				4594,88	4795,50	4996,93	5201,20	5338,19	5475,15	5612,16	5749,16	5886,06
A 13					5325,91	5547,73	5769,57	5917,48	6065,38	6213,30	6361,23	6509,12
A 14					5641,37	5929,08	6216,73	6408,54	6600,31	6792,13	6983,93	7175,73
A 15						6482,82	6799,12	7052,14	7305,19	7558,26	7811,32	8064,35
A 16						7121,06	7486,83	7779,52	8072,19	8364,81	8657,49	8950,15

**Anhang 14**  
**(zu Artikel 2 Nummer 3)**

**Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 7**  
Gültig ab 1. März 2027

**Landesbesoldungsordnung B**

<b>Besoldungsgruppe</b>	
B 1	8064,35
B 2	9320,37
B 3	9852,15
B 4	10409,08
B 5	11048,03
B 6	11651,44
B 7	12238,35
B 8	12850,13
B 9	13609,67
B 10	15968,46
B 11	16576,36



**Anhang 16**  
**(zu Artikel 2 Nummer 3)**

**Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 9**  
Gültig ab 1. März 2027

**Landesbesoldungsordnung W**

<b>Besoldungsgruppe</b>	
W 1	5702,78
W 2	7434,70
W 3	8189,01

**Anhang 17**  
**(zu Artikel 2 Nummer 3)**

**Grundgehaltssätze - auslaufend -**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 10**  
Gültig ab 1. März 2027

**Landesbesoldungsordnung C**

Besoldungs- gruppe/Stufe	2 - Jahres - Rhythmus														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	4596,33	4740,62	4885,59	5030,58	5177,99	5325,91	5473,78	5621,70	5769,57	5917,48	6065,38	6213,30	6361,23	6509,12	
C 2	4605,19	4835,71	5066,99	5302,77	5538,43	5774,14	6009,85	6245,58	6481,26	6716,99	6952,70	7188,39	7424,09	7659,82	7895,53
C 3	5023,38	5289,61	5556,49	5823,39	6090,28	6357,20	6624,08	6890,96	7157,85	7424,71	7691,61	7958,52	8225,40	8492,31	8759,19
C 4	6279,19	6547,49	6815,78	7084,08	7352,36	7620,64	7889,01	8157,23	8425,51	8693,81	8962,12	9230,40	9498,70	9766,99	10035,26

**Anhang 18**  
**(zu Artikel 2 Nummer 3)**

**Grundgehaltssätze - auslaufend -**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 11**  
Gültig ab 1. März 2027

**Landesbesoldungsordnung H**

<b>Besoldungs- gruppe/Stufe</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>12</b>	<b>13</b>	<b>14</b>	<b>15</b>
H 1	4596,33	4740,62	4885,57	5030,58	5177,99	5325,89	5473,79	5621,70	5769,57	5917,48	6065,38	6213,31	6361,23	6509,12	
H 2	4689,66	4877,70	5065,94	5257,75	5449,56	5641,35	5833,13	6024,94	6216,73	6408,54	6600,31	6792,13	6983,93	7175,73	
H 3	5112,14	5323,00	5533,92	5744,78	5955,64	6166,53	6377,37	6588,21	6799,12	7010,00	7220,90	7431,70	7642,58	7853,47	8064,35
H 4	5535,83	5779,70	6023,57	6267,47	6511,33	6755,18	6999,13	7242,95	7486,87	7730,76	7974,64	8218,49	8462,39	8706,30	8950,15
H 5	6831,72	7097,45	7363,15	7628,86	7894,56	8160,24	8426,01	8691,65	8957,37	9223,06	9488,76	9754,47	10020,23	10285,88	10551,59

**Anhang 19**  
**(zu Artikel 2 Nummer 3)**

**Anwärtergrundbetrag**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 12**  
Gültig ab 1. März 2027

<b>Besoldungsgruppe des Einstiegsamtes, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt</b>	<b>Grundbetrag</b>
A 5 bis A 8	1619,78
A 9 bis A 11	1675,68
A 12	1820,37
A 13	1853,28
A 13 mit Zulage nach § 47 Buchstabe d	1889,43

## Anhang 20 (zu Artikel 2 Nummer 3)

### Familienzuschlag für Beamtinnen und Beamte (Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 13**  
Gültig ab 1. März 2027

**Stufe 1**  
**(§ 43 Absatz 1)**

Besoldungsgruppen A 5 und A 6	172,66
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	170,62
übrige Besoldungsgruppen	176,98

**Stufe 2**  
**(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	330,37	330,37	380,63	528,50	663,96	809,63	973,53
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	326,47	326,47	376,75	524,61	660,07	805,74	969,63
übrige Besoldungsgruppen	331,01	331,01	381,29	529,14	664,60	810,28	974,15

**Stufe 3**  
**(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	751,83	897,91	1048,44	1223,35	1389,18	1559,66	1758,99
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	746,07	892,15	1042,68	1217,59	1383,42	1553,92	1753,25
übrige Besoldungsgruppen	748,76	894,85	1045,37	1220,29	1386,11	1556,61	1755,93

**Stufe 4**  
**(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	1479,51	1648,17	1825,17	2031,23	2220,42	2420,59	2652,80
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	1467,99	1636,64	1813,64	2019,71	2208,89	2409,08	2641,28
übrige Besoldungsgruppen	1464,96	1633,62	1810,62	2016,68	2205,86	2406,06	2638,25

**Stufe 5**  
**(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	2212,53	2406,39	2611,04	2845,70	3059,19	3302,67	3568,93
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	2195,24	2389,11	2593,74	2828,41	3041,91	3285,38	3551,64
übrige Besoldungsgruppen	2186,51	2380,36	2585,01	2819,68	3033,16	3276,65	3542,91

**Für das fünfte und jedes weitere im Familienzuschlag zu berücksichtigende Kind erhöht sich der Familienzuschlag um**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	776,11	804,60	836,08	868,93	897,12	947,56	987,79
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	770,33	798,82	830,30	863,15	891,35	941,79	982,02
übrige Besoldungsgruppen	764,63	793,11	824,60	857,45	885,64	936,08	976,30

**Erhöhungsbetrag für die Besoldungsgruppe A 5:**

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich in der Besoldungsgruppe A 5 für das erste zu berücksichtigende Kind um 8,82 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 26,39 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

**noch Anhang 20  
(zu Artikel 2 Nummer 3)**

**Familienzuschlag  
für Anwärterinnen und Anwärter\***  
(Monatsbeträge in Euro)

**noch Anlage 13**

Gültig ab 1. März 2027

**Stufe 1  
(§ 43 Absatz 1)**

Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	170,62
übrige Besoldungsgruppen	179,14

**Stufe 2  
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	326,47	326,47	376,75	524,61	660,07	805,74	969,63
übrige Besoldungsgruppen	335,01	335,01	385,29	533,14	668,59	814,27	978,16

**Stufe 3  
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	746,07	892,15	1042,68	1217,59	1383,42	1553,92	1753,25
übrige Besoldungsgruppen	754,61	900,68	1051,21	1226,12	1391,95	1562,45	1761,77

**Stufe 4  
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	1467,99	1636,64	1813,64	2019,71	2208,89	2409,08	2641,28
übrige Besoldungsgruppen	1476,52	1645,18	1822,18	2028,24	2217,43	2417,60	2649,81

**Stufe 5  
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	2195,24	2389,11	2593,74	2828,41	3041,91	3285,38	3551,64
übrige Besoldungsgruppen	2203,78	2397,63	2602,28	2836,95	3050,43	3293,92	3560,18

**Für das fünfte und jedes weitere im Familienzuschlag zu berücksichtigende Kind erhöht sich der Familienzuschlag um**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	770,33	798,82	830,30	863,15	891,35	941,79	982,02
übrige Besoldungsgruppen	770,33	798,82	830,30	863,15	891,35	941,79	982,02

**Erhöhungsbetrag für die Besoldungsgruppe A 5:**

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 8,69 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 26,08 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

## Anhang 21 (zu Artikel 2 Nummer 3)

### Amtszulagen und Strukturzulage

(Monatsbeträge in Euro)

### Anlage 14

Gültig ab 1. März 2027

#### Amtszulagen

nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe A 5	97,08
nach Fußnote 1 und 4 zur Besoldungsgruppe A 6	97,08
nach Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe A 7	95,92
nach Fußnote 8 zur Besoldungsgruppe A 7	50 Prozent des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe A 9 kw	382,47
nach Fußnote 1 und 4 zur Besoldungsgruppe A 9	382,47
nach Fußnote 4 zur Besoldungsgruppe A 13	266,49
nach Fußnote 5 zur Besoldungsgruppe A 13	374,03
nach Fußnote 7, 9 und 10 zur Besoldungsgruppe A 13	388,70
nach Fußnote 11 zur Besoldungsgruppe A 13	310,34
nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 14	266,49
nach Fußnote 4 zur Besoldungsgruppe A 14	266,49
nach Fußnote 9 zur Besoldungsgruppe A 14	411,72
nach Fußnote 10 zur Besoldungsgruppe A 14	635,65
nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 15	266,49
nach Fußnote 4 zur Besoldungsgruppe A 15	266,49
nach Fußnote 6 zur Besoldungsgruppe A 15	266,49
nach Fußnote 8 zur Besoldungsgruppe A 15	266,49
nach Fußnote 11 zur Besoldungsgruppe A 15	261,50
nach Fußnote 1 und 2 zur Besoldungsgruppe R 1	294,62
nach Fußnote 3 bis 8 zur Besoldungsgruppe R 2	294,62
nach Fußnote 9 zur Besoldungsgruppe R 2	441,93
nach Fußnote 3 und 5 zur Besoldungsgruppe R 3	294,62
nach § 46	298,02

#### Strukturzulage

nach § 47	
Buchstabe a	11,91
Buchstabe b	
Doppelbuchstabe aa	95,30
Doppelbuchstabe bb	107,61
Buchstabe c	119,60
Buchstabe d	119,60
nach § 87 Absatz 4 Satz 3	119,60

**Anhang 22**  
**(zu Artikel 2 Nummer 3)**

**Stellenzulagen und andere Zulagen**

(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 15**

Gültig ab 1. März 2027

nach Fußnote 5 zur Besoldungsgruppe A 9	8 Prozent des Endgrundgehaltes der Besoldungsgruppe A 9
nach Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe A 13 kw	18,35
nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 14 kw	48,45
nach Fußnote 10 zur Besoldungsgruppe A 16	388,80
nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe C 2 kw	106,93
nach Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe B 2	117,92
nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe B 3	117,92

nach § 49 oder § 50 oder § 51	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	66,87
A 7 und A 8 und für Anwärter	66,08
ab A 9	65,28
von zwei Jahren in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	133,75
A 7 und A 8 und für Anwärter	132,16
ab A 9	130,56
nach § 52	
Die Zulage beträgt	
in der Laufbahngruppe 1 mit dem zweiten Einstiegsamt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	17,90
A 7 und A 8	17,69
ab A 9	17,48
in der Laufbahngruppe 2 mit dem ersten Einstiegsamt	39,31

nach § 53 Abs. 1	
Nummer 1	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	386,54
A 7 und A 8	381,94
ab A 9	377,33
Nummer 2	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	309,23
A 7 und A 8	305,54
ab A 9	301,86

**noch Anhang 22  
(zu Artikel 2 Nummer 3)**

**noch Anlage 15**  
Gültig ab 1. März 2027

nach § 55 Abs. 1 Nummer 1	
in voller Höhe	153,75
in Höhe von 2/3	102,50
nach § 55 Abs. 1 Nummer 2	93,17
nach § 55 Abs. 1 Nummer 3	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
A 13	21,75
A 14	57,42
nach § 55 Abs. 1 Nummer 4	
a) als Fachkraft	153,75
b) als Leiterin oder Leiter	256,25
nach § 56 Nummer 1	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
A 6	161,06
A 7 und A 8	159,14
A 9	157,23
ab A 10	196,52
nach § 56 Nummer 2	
bis A 6	40,27
A 7 und A 8	39,79
ab A 9	39,31
nach § 56 Nummer 3	149,59
nach § 63	266,50
nach § 64	
Die Zulage beträgt bei gleichzeitiger Ausübung eines Amtes in	
R 1	210,68
R 2	235,83
nach § 67	102,26

**Anhang 23  
(zu Artikel 2 Nummer 3)**

**Anlage 16**  
Gültig ab 1. März 2027

**Auslandsbesoldung**

**Auslandszuschlag**

VI.1 (Monatsbeträge in Euro)

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Grundgehaltsspanne	bis 3.137,90	3.137,91 bis 3.248,47	3.248,48 bis 3.640,28	3.640,29 bis 4.071,14	4.071,15 bis 4.562,34	4.562,35 bis 5.121,69	5.121,70 bis 5.768,49	5.768,50 bis 6.503,34	6.503,35 bis 7.338,38	7.338,39 bis 8.287,08	8.287,09 bis 9.365,05	9.365,06 bis 10.589,85	10.589,86 bis 11.981,50	11.981,51 bis 13.562,77	ab 13.562,78
Zonenstufe	Die betragsmäßige Zuordnung ergibt sich aus Anlage VI, Tabelle VI.1 zum Bundesbesoldungsgesetz.														
1															
2															
3															
4															
5															
6															
7															
8															
9															
10															
11															
12															
13															
14															
15															
16															
17															
18															
19															
20															

**Anhang 24**  
**(zu Artikel 3 Nummer 3)**

**Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 6**  
Gültig ab 1. Januar 2028

**Landesbesoldungsordnung A**

Besoldungsgruppe	2 - Jahres - Rhythmus				3 - Jahres - Rhythmus				4 - Jahres - Rhythmus			
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 5			3169,28	3240,19	3311,11	3382,05	3452,98	3523,90	3594,84	3665,78		
A 6			3222,75	3300,62	3378,50	3456,39	3534,27	3612,14	3690,01	3767,86		
A 7			3312,75	3409,61	3506,45	3603,23	3700,08	3769,21	3838,39	3907,57		
A 8			3396,92	3521,00	3645,07	3769,17	3893,27	3975,98	4058,70	4141,44	4224,14	
A 9			3542,05	3672,90	3803,72	3934,56	4065,40	4155,30	4245,32	4335,24	4425,17	
A 10			3805,05	3972,65	4140,31	4307,92	4475,58	4587,33	4699,63	4813,92	4928,24	
A 11			4169,96	4336,73	4503,55	4670,36	4840,88	4954,60	5068,36	5183,67	5299,69	5415,75
A 12				4640,83	4843,46	5046,90	5253,21	5391,57	5529,90	5668,28	5806,65	5944,92
A 13					5379,17	5603,21	5827,27	5976,65	6126,03	6275,43	6424,84	6574,21
A 14					5697,78	5988,37	6278,90	6472,63	6666,31	6860,05	7053,77	7247,49
A 15						6547,65	6867,11	7122,66	7378,24	7633,84	7889,43	8144,99
A 16						7192,27	7561,70	7857,32	8152,91	8448,46	8744,06	9039,65

**Anhang 25**  
**(zu Artikel 3 Nummer 3)**

**Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 7**  
Gültig ab 1. Januar 2028

**Landesbesoldungsordnung B**

<b>Besoldungsgruppe</b>	
B 1	8144,99
B 2	9413,57
B 3	9950,67
B 4	10513,17
B 5	11158,51
B 6	11767,95
B 7	12360,73
B 8	12978,63
B 9	13745,77
B 10	16128,14
B 11	16742,12



**Anhang 27**  
**(zu Artikel 3 Nummer 3)**

**Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 9**

Gültig ab 1. Januar 2028

**Landesbesoldungsordnung W**

<b>Besoldungsgruppe</b>	
W 1	5759,81
W 2	7509,05
W 3	8270,90

**Anhang 28**  
**(zu Artikel 3 Nummer 3)**

**Grundgehaltssätze - auslaufend -**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 10**

Gültig ab 1. Januar 2028

**Landesbesoldungsordnung C**

Besoldungs- gruppe/Stufe	2 - Jahres - Rhythmus														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	4642,29	4788,03	4934,45	5080,89	5229,77	5379,17	5528,52	5677,92	5827,27	5976,65	6126,03	6275,43	6424,84	6574,21	
C 2	4651,24	4884,07	5117,66	5355,80	5593,81	5831,88	6069,95	6308,04	6546,07	6784,16	7022,23	7260,27	7498,33	7736,42	7974,49
C 3	5073,61	5342,51	5612,05	5881,62	6151,18	6420,77	6690,32	6959,87	7229,43	7498,96	7768,53	8038,11	8307,65	8577,23	8846,78
C 4	6341,98	6612,96	6883,94	7154,92	7425,88	7696,85	7967,90	8238,80	8509,77	8780,75	9051,74	9322,70	9593,69	9864,66	10135,61

**Anhang 29**  
**(zu Artikel 3 Nummer 3)**

**Grundgehaltssätze - auslaufend -**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 11**  
Gültig ab 1. Januar 2028

**Landesbesoldungsordnung H**

<b>Besoldungs- gruppe/Stufe</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>12</b>	<b>13</b>	<b>14</b>	<b>15</b>
H 1	4642,29	4788,03	4934,43	5080,89	5229,77	5379,15	5528,53	5677,92	5827,27	5976,65	6126,03	6275,44	6424,84	6574,21	
H 2	4736,56	4926,48	5116,60	5310,33	5504,06	5697,76	5891,46	6085,19	6278,90	6472,63	6666,31	6860,05	7053,77	7247,49	
H 3	5163,26	5376,23	5589,26	5802,23	6015,20	6228,20	6441,14	6654,09	6867,11	7080,10	7293,11	7506,02	7719,01	7932,00	8144,99
H 4	5591,19	5837,50	6083,81	6330,14	6576,44	6822,73	7069,12	7315,38	7561,74	7808,07	8054,39	8300,67	8547,01	8793,36	9039,65
H 5	6900,04	7168,42	7436,78	7705,15	7973,51	8241,84	8510,27	8778,57	9046,94	9315,29	9583,65	9852,01	10120,43	10388,74	10657,11

**Anhang 30**  
**(zu Artikel 3 Nummer 3)**

**Anwärtergrundbetrag**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 12**  
Gültig ab 1. Januar 2028

<b>Besoldungsgruppe des Einstiegsamtes, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt</b>	<b>Grundbetrag</b>
A 5 bis A 8	1649,78
A 9 bis A 11	1705,68
A 12	1850,37
A 13	1883,28
A 13 mit Zulage nach § 47 Buchstabe d	1919,43

# Anhang 31 (zu Artikel 3 Nummer 3)

## Familienzuschlag für Beamtinnen und Beamte (Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 13**  
Gültig ab 1. Januar 2028

**Stufe 1**  
**(§ 43 Absatz 1)**

Besoldungsgruppen A 5 und A 6	174,40
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	172,34
übrige Besoldungsgruppen	178,76

**Stufe 2**  
**(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	333,67	333,67	384,44	533,79	670,60	817,73	983,27
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	329,73	329,73	380,52	529,86	666,67	813,80	979,33
übrige Besoldungsgruppen	334,32	334,32	385,10	534,43	671,25	818,38	983,89

**Stufe 3**  
**(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	759,35	906,89	1058,92	1235,58	1403,07	1575,26	1776,58
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	753,53	901,07	1053,11	1229,77	1397,25	1569,46	1770,78
übrige Besoldungsgruppen	756,25	903,80	1055,82	1232,49	1399,97	1572,18	1773,49

**Stufe 4**  
**(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	1494,31	1664,65	1843,42	2051,54	2242,62	2444,80	2679,33
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	1482,67	1653,01	1831,78	2039,91	2230,98	2433,17	2667,69
übrige Besoldungsgruppen	1479,61	1649,96	1828,73	2036,85	2227,92	2430,12	2664,63

**Stufe 5**  
**(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	2234,66	2430,45	2637,15	2874,16	3089,78	3335,70	3604,62
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	2217,19	2413,00	2619,68	2856,69	3072,33	3318,23	3587,16
übrige Besoldungsgruppen	2208,38	2404,16	2610,86	2847,88	3063,49	3309,42	3578,34

**Für das fünfte und jedes weitere im Familienzuschlag zu berücksichtigende Kind erhöht sich der Familienzuschlag um**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	783,87	812,65	844,44	877,62	906,09	957,04	997,67
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	778,03	806,81	838,60	871,78	900,26	951,21	991,84
übrige Besoldungsgruppen	772,28	801,04	832,85	866,02	894,50	945,44	986,06

**Erhöhungsbetrag für die Besoldungsgruppe A 5:**

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich in der Besoldungsgruppe A 5 für das erste zu berücksichtigende Kind um 8,91 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 26,65 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

**noch Anhang 31  
(zu Artikel 3 Nummer 3)**

**Familienzuschlag  
für Anwärterinnen und Anwärter\***  
(Monatsbeträge in Euro)

**noch Anlage 13**

Gültig ab 1. Januar 2028

**Stufe 1  
(§ 43 Absatz 1)**

Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	172,34
übrige Besoldungsgruppen	180,94

**Stufe 2  
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	329,73	329,73	380,52	529,86	666,67	813,80	979,33
übrige Besoldungsgruppen	338,36	338,36	389,14	538,47	675,28	822,41	987,94

**Stufe 3  
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	753,53	901,07	1053,11	1229,77	1397,25	1569,46	1770,78
übrige Besoldungsgruppen	762,16	909,69	1061,72	1238,38	1405,87	1578,07	1779,39

**Stufe 4  
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	1482,67	1653,01	1831,78	2039,91	2230,98	2433,17	2667,69
übrige Besoldungsgruppen	1491,29	1661,63	1840,40	2048,52	2239,60	2441,78	2676,31

**Stufe 5  
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	2217,19	2413,00	2619,68	2856,69	3072,33	3318,23	3587,16
übrige Besoldungsgruppen	2225,82	2421,61	2628,30	2865,32	3080,93	3326,86	3595,78

**Für das fünfte und jedes weitere im Familienzuschlag zu berücksichtigende Kind erhöht sich der Familienzuschlag um**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	778,03	806,81	838,60	871,78	900,26	951,21	991,84
übrige Besoldungsgruppen	778,03	806,81	838,60	871,78	900,26	951,21	991,84

**Erhöhungsbetrag für die Besoldungsgruppe A 5:**

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 8,78 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 26,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

## Anhang 32 (zu Artikel 3 Nummer 3)

### Amtszulagen und Strukturzulage

(Monatsbeträge in Euro)

### Anlage 14

Gültig ab 1. Januar 2028

#### Amtszulagen

nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe A 5	98,05
nach Fußnote 1 und 4 zur Besoldungsgruppe A 6	98,05
nach Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe A 7	96,88
nach Fußnote 8 zur Besoldungsgruppe A 7	50 Prozent des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe A 9 kw	386,29
nach Fußnote 1 und 4 zur Besoldungsgruppe A 9	386,29
nach Fußnote 4 zur Besoldungsgruppe A 13	269,15
nach Fußnote 5 zur Besoldungsgruppe A 13	377,77
nach Fußnote 7, 9 und 10 zur Besoldungsgruppe A 13	392,59
nach Fußnote 11 zur Besoldungsgruppe A 13	313,44
nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 14	269,15
nach Fußnote 4 zur Besoldungsgruppe A 14	269,15
nach Fußnote 9 zur Besoldungsgruppe A 14	415,84
nach Fußnote 10 zur Besoldungsgruppe A 14	642,01
nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 15	269,15
nach Fußnote 4 zur Besoldungsgruppe A 15	269,15
nach Fußnote 6 zur Besoldungsgruppe A 15	269,15
nach Fußnote 8 zur Besoldungsgruppe A 15	269,15
nach Fußnote 11 zur Besoldungsgruppe A 15	264,12
nach Fußnote 1 und 2 zur Besoldungsgruppe R 1	297,57
nach Fußnote 3 bis 8 zur Besoldungsgruppe R 2	297,57
nach Fußnote 9 zur Besoldungsgruppe R 2	446,35
nach Fußnote 3 und 5 zur Besoldungsgruppe R 3	297,57
nach § 46	301,00

#### Strukturzulage

nach § 47	
Buchstabe a	12,03
Buchstabe b	
Doppelbuchstabe aa	96,25
Doppelbuchstabe bb	108,69
Buchstabe c	120,80
Buchstabe d	120,80
nach § 87 Absatz 4 Satz 3	120,80

**Anhang 33**  
**(zu Artikel 3 Nummer 3)**

**Stellenzulagen und andere Zulagen**

(Monatsbeträge in Euro)

**Anlage 15**

Gültig ab 1. Januar 2028

nach Fußnote 5 zur Besoldungsgruppe A 9	8 Prozent des Endgrundgehaltes der Besoldungsgruppe A 9
nach Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe A 13 kw	18,35
nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 14 kw	48,45
nach Fußnote 10 zur Besoldungsgruppe A 16	388,80
nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe C 2 kw	106,93
nach Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe B 2	117,92
nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe B 3	117,92

nach § 49 oder § 50 oder § 51	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	66,87
A 7 und A 8 und für Anwärter	66,08
ab A 9	65,28
von zwei Jahren in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	133,75
A 7 und A 8 und für Anwärter	132,16
ab A 9	130,56
nach § 52	
Die Zulage beträgt	
in der Laufbahngruppe 1 mit dem zweiten Einstiegsamt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	17,90
A 7 und A 8	17,69
ab A 9	17,48
in der Laufbahngruppe 2 mit dem ersten Einstiegsamt	39,31

nach § 53 Abs. 1	
Nummer 1	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	386,54
A 7 und A 8	381,94
ab A 9	377,33
Nummer 2	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	309,23
A 7 und A 8	305,54
ab A 9	301,86

**noch Anhang 33  
(zu Artikel 3 Nummer 3)**

**noch Anlage 15**

Gültig ab 1. Januar 2028

nach § 55 Abs. 1 Nummer 1	
in voller Höhe	153,75
in Höhe von 2/3	102,50
nach § 55 Abs. 1 Nummer 2	93,17
nach § 55 Abs. 1 Nummer 3	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
A 13	21,75
A 14	57,42
nach § 55 Abs. 1 Nummer 4	
a) als Fachkraft	153,75
b) als Leiterin oder Leiter	256,25
nach § 56 Nummer 1	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
A 6	161,06
A 7 und A 8	159,14
A 9	157,23
ab A 10	196,52
nach § 56 Nummer 2	
bis A 6	40,27
A 7 und A 8	39,79
ab A 9	39,31
nach § 56 Nummer 3	151,09
nach § 63	266,50
nach § 64	
Die Zulage beträgt bei gleichzeitiger Ausübung eines Amtes in	
R 1	210,68
R 2	235,83
nach § 67	102,26

**Anhang 34  
(zu Artikel 3 Nummer 3)**

**Anlage 16**  
Gültig ab 1. Januar 2028

**Auslandsbesoldung**

**Auslandszuschlag**

VI.1 (Monatsbeträge in Euro)

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
	bis	3.169,29	3.280,96	3.676,69	4.111,86	4.607,97	5.172,92	5.826,18	6.568,38	7.411,77	8.369,96	9.458,71	10.695,76	12.101,33	ab
Grundgehaltsspanne	3.169,28	3.280,95	3.676,68	4.111,85	4.607,96	5.172,91	5.826,17	6.568,37	7.411,76	8.369,95	9.458,70	10.695,75	12.101,32	13.698,40	13.698,41
Zonenstufe	Die betragsmäßige Zuordnung ergibt sich aus Anlage VI, Tabelle VI.1 zum Bundesbesoldungsgesetz.														
1															
2															
3															
4															
5															
6															
7															
8															
9															
10															
11															
12															
13															
14															
15															
16															
17															
18															
19															
20															

## Anhang 35

(zu Artikel 4 Nr. 9)

Anlage 1 (Gültig ab dem 1. April 2026)

### Unfallausgleich zu § 41 Absatz 1:

Der Unfallausgleich beträgt bei einem Grad der Schädigungsfolgen von:

30	192 Euro
40	260 Euro
50	388 Euro
60	483 Euro
70	662 Euro
80	790 Euro
90	950 Euro
100	1.057 Euro

Die vorstehenden Vomhundertsätze stellen Durchschnittssätze dar; ein um fünf geringerer Grad der Schädigungsfolgen wird vom höheren Zehnergrad mit umfasst.

## **Anhang 36**

**(zu Artikel 4 Nr. 9)**

Anlage 2 (Gültig ab dem 1. April 2026)

### **Zuschläge nach den §§ 59 bis 61**

(1) Der Kindererziehungszuschlag nach § 59 Absatz 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 3,78 Euro.

(2) Der Kindererziehungsergänzungszuschlag nach § 59 Absatz 5 beträgt für jeden angefangenen Monat, in dem die darin genannten Voraussetzungen erfüllt werden:

1. im Fall von § 59 Absatz 5 Nummer 1 Buchstabe a 1,15 Euro,
2. im Fall von § 59 Absatz 5 Nummer 1 Buchstabe b 0,84 Euro.

Abweichend von Satz 1 beträgt der Kindererziehungsergänzungszuschlag bei der nicht erwerbsmäßigen Pflege eines pflegebedürftigen Kindes bis zur Vollendung seines 18. Lebensjahres 1,31 Euro.

(3) Der Kinderzuschlag nach § 60 Absatz 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 2,28 Euro.

(4) Der Pflegezuschlag nach § 61 Absatz 1 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege einer pflegebedürftigen Person 2,63 Euro.

(5) Der Kinderpflegeergänzungszuschlag nach § 61 Absatz 3 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege eines pflegebedürftigen Kindes 1,31 Euro.

## Anhang 37

(zu Artikel 5 Nr. 2)

Anlage 1 (Gültig ab dem 1. März 2027)

### Unfallausgleich zu § 41 Absatz 1:

Der Unfallausgleich beträgt bei einem Grad der Schädigungsfolgen von:

30	196 Euro
40	265 Euro
50	396 Euro
60	493 Euro
70	675 Euro
80	806 Euro
90	969 Euro
100	1.078 Euro

Die vorstehenden Vomhundertsätze stellen Durchschnittssätze dar; ein um fünf geringerer Grad der Schädigungsfolgen wird vom höheren Zehnergrad mit umfasst.

# **Anhang 38**

**(zu Artikel 5 Nr. 2)**

Anlage 2 (Gültig ab dem 1. März 2027)

## **Zuschläge nach den §§ 59 bis 61**

(1) Der Kindererziehungszuschlag nach § 59 Absatz 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 3,86 Euro.

(2) Der Kindererziehungsergänzungszuschlag nach § 59 Absatz 5 beträgt für jeden angefangenen Monat, in dem die darin genannten Voraussetzungen erfüllt werden:

1. im Fall von § 59 Absatz 5 Nummer 1 Buchstabe a 1,17 Euro,
2. im Fall von § 59 Absatz 5 Nummer 1 Buchstabe b 0,86 Euro.

Abweichend von Satz 1 beträgt der Kindererziehungsergänzungszuschlag bei der nicht erwerbsmäßigen Pflege eines pflegebedürftigen Kindes bis zur Vollendung seines 18. Lebensjahres 1,34 Euro.

(3) Der Kinderzuschlag nach § 60 Absatz 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 2,33 Euro.

(4) Der Pflegezuschlag nach § 61 Absatz 1 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege einer pflegebedürftigen Person 2,68 Euro.

(5) Der Kinderpflegeergänzungszuschlag nach § 61 Absatz 3 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege eines pflegebedürftigen Kindes 1,34 Euro.

## Anhang 39

(zu Artikel 6 Nr. 2)

Anlage 1 (Gültig ab dem 1. Januar 2028)

### Unfallausgleich zu § 41 Absatz 1:

Der Unfallausgleich beträgt bei einem Grad der Schädigungsfolgen von:

30	198 Euro
40	268 Euro
50	400 Euro
60	498 Euro
70	682 Euro
80	814 Euro
90	979 Euro
100	1.089 Euro

Die vorstehenden Vomhundertsätze stellen Durchschnittssätze dar; ein um fünf geringerer Grad der Schädigungsfolgen wird vom höheren Zehnergrad mit umfasst.

# **Anhang 40**

**(zu Artikel 6 Nr. 2)**

Anlage 2 (Gültig ab dem 1. Januar 2028)

## **Zuschläge nach den §§ 59 bis 61**

(1) Der Kindererziehungszuschlag nach § 59 Absatz 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 3,90 Euro.

(2) Der Kindererziehungsergänzungszuschlag nach § 59 Absatz 5 beträgt für jeden angefangenen Monat, in dem die darin genannten Voraussetzungen erfüllt werden:

1. im Fall von § 59 Absatz 5 Nummer 1 Buchstabe a 1,18 Euro,
2. im Fall von § 59 Absatz 5 Nummer 1 Buchstabe b 0,87 Euro.

Abweichend von Satz 1 beträgt der Kindererziehungsergänzungszuschlag bei der nicht erwerbsmäßigen Pflege eines pflegebedürftigen Kindes bis zur Vollendung seines 18. Lebensjahres 1,35 Euro.

(3) Der Kinderzuschlag nach § 60 Absatz 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 2,35 Euro.

(4) Der Pflegezuschlag nach § 61 Absatz 1 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege einer pflegebedürftigen Person 2,71 Euro.

(5) Der Kinderpflegeergänzungszuschlag nach § 61 Absatz 3 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege eines pflegebedürftigen Kindes 1,35 Euro.

## **Begründung**

### **A. Allgemeiner Teil**

Mit diesem Artikelgesetz soll die Tarifeinigung zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und den Gewerkschaften und Verbänden vom 14. Februar 2026 eins zu eins auf den Beamten- und Richterbereich übertragen und die Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in den Jahren 2026 bis 2028 geregelt werden. Zudem soll eine entsprechende Erhöhung der Grundbeträge für Anwärtnerinnen und Anwärter und der monatlichen Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, Justizsekretäranwärtnerinnen und Justizsekretäranwärter sowie Gerichtsvollzieheranwärtnerinnen und Gerichtsvollzieheranwärter im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis erfolgen.

Für das Jahr 2026 erfolgt, in Übertragung des Tarifergebnisses, ab dem 1. April 2026 eine Erhöhung

- der Grundgehälter sowie der Ober- und Untergrenzen der Grundgehaltsspannen für den Auslandszuschlag um 3,36 Prozent,
- der Grundbeträge für Anwärtnerinnen und Anwärter und der monatlichen Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, Justizsekretäranwärtnerinnen und Justizsekretäranwärter sowie Gerichtsvollzieheranwärtnerinnen und Gerichtsvollzieheranwärter in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis um 60 Euro und
- der weiteren, seit jeher an den regelmäßigen Besoldungsanpassungen teilnehmenden Bezügebestandteile (insbesondere Amtszulagen, Strukturzulage und Familienzuschläge) um 2,8 Prozent.

Der Erhöhungsprozentsatz für die Grundgehälter und die Ober- und Untergrenzen der Grundgehaltsspannen für den Auslandszuschlag von 3,36 Prozent stellt dabei sicher, dass in jeder Besoldungsgruppe und jeder Erfahrungsstufe mindestens eine Erhöhung um 100 Euro erfolgt. Die Umsetzung des Mindestbetrages in dieser Form erfolgt mit Blick auf das Abstandsgebot des Bundesverfassungsgerichts und zugleich im teilweisen Vorgriff auf das Erfordernis einer Stärkung der Grundgehälter im Rahmen der Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Für das Jahr 2027 erfolgt ab dem 1. März 2027 eine Erhöhung

- der Bezüge um 2 Prozent und
- der Grundbeträge für Anwärtnerinnen und Anwärter und der monatlichen Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, Justizsekretäranwärtner-

innen und Justizsekretärwärter sowie Gerichtsvollzieheranwärterinnen und Gerichtsvollzieheranwärter in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis um 60 Euro.

Für das Jahr 2028 erfolgt ab dem 1. Januar 2028 eine Erhöhung

- der Bezüge um 1 Prozent und
- der Grundbeträge für Anwärtnerinnen und Anwärter und der monatlichen Unterhaltsbeiträgen für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, Justizsekretärwärterinnen und Justizsekretärwärter sowie Gerichtsvollzieheranwärterinnen und Gerichtsvollzieheranwärter in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis um 30 Euro.

Die Ruhegehälter, die Witwen- und Waisengelder und die Unterhaltsbeiträge werden entsprechend den Grundgehältern für die Besoldung erhöht. Die übrigen dynamischen Versorgungsbestandteile wie Kindererziehungszuschläge, Kindererziehungsergänzungszuschläge, Pflegezuschläge, Kinderpflegezuschläge und der Unfallausgleich werden als dynamische Versorgungsbestandteile ebenfalls angepasst.

Daneben erfolgt zum 1. August durch das Gesetz zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. Mai 2023 (GV. NRW. S. 317) eine Überleitung aller Lehrkräfte der Primarstufe und der Sekundarstufe I in Ämter der Besoldungsgruppe A 13. Daher wird für die bislang nach A 13 besoldeten Gesamtschulrektorinnen und -rektoren als Koordinatorinnen und Koordinatoren eine Amtszulage ausgebracht und die betroffenen Lehrkräfte werden ebenfalls zum 1. August 2026 in das neue Amt kraft Gesetzes übergeleitet.

Im Übrigen erfolgen Anpassungen der Landesbesoldungsordnung B, die unter anderem auf Neubewertungen von Ämtern zurückzuführen sind, sowie klarstellende und redaktionelle Änderungen des Landesbeamtenversorgungsgesetzes.

## **B. Besonderer Teil**

### **I. Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in den Jahren 2026 bis 2028**

Mit diesem Gesetz soll in einem ersten Schritt eine Eins-zu-eins-Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten- und Richterschaft sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger erfolgen. Dies ermöglicht eine zeitnahe Teilhabe der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger an der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in den Jahren 2026 bis 2028.

Die neue Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Amtangemessenheit der Alimentation (Beschluss vom 17. September 2025, Aktenzeichen 2 BvL 20/17 u.a.) soll dagegen in einem gesonderten Gesetz nach Abschluss der erforderlichen Prüfungen und Auswertungen umgesetzt werden. Mit der genannten Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht seine

Systematik zur Prüfung der Amtsgemessenheit der Alimentation grundlegend neu ausgerichtet. Die maßgebliche Bezugsgröße für die Bemessung der Mindestbesoldung liegt danach nicht länger bei 115 Prozent des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs, sondern bei der sogenannten Prekaritätsschwelle von 80 Prozent des Median-Äquivalenzeinkommens. Zudem enthält die Entscheidung auch weitere umfangreiche Neuerungen betreffend die übrigen Prüfungsparameter des Bundesverfassungsgerichts.

Da das nordrhein-westfälische Besoldungsrecht nach Umsetzung der beiden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020, Aktenzeichen 2 BvL 4/18 und 2 BvL 6/17 u.a., auf die bisherige Bemessung der Mindestbesoldung anhand des Grundsicherungsrechts ausgerichtet ist, werden zur Umsetzung der neuen Entscheidung voraussichtlich strukturelle Anpassungen des Besoldungsrechts erforderlich werden. Die abschließende Auswertung der Entscheidung und anschließende Umsetzung eines sich ergebenden Anpassungsbedarfes wird noch Zeit in Anspruch nehmen. Daher wird die Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger vorgezogen. Die Umsetzung der neuen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts soll nach Abschluss der erforderlichen Prüfungen in einem zweiten Schritt erfolgen.

Um etwaige Nachteile für die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger bis zur Umsetzung der betreffenden Entscheidung zu vermeiden, wird der Grundsatz der zeitnahen Geltendmachung für das Jahr 2026 ausgesetzt. Es bedarf damit in diesem Jahr keines Antrags oder Widerspruchs, um den etwaigen Bestand eines Anspruchs auf eine über die gesetzlich zustehende Besoldung bzw. Versorgung hinaus gehende Besoldung bzw. Versorgung zu sichern.

Die Übertragung des Tarifabschlusses erfolgt eins zu eins. Einzig die in der Tarifeinigung vorgesehene Erhöhung der Wechselschicht- und Schichtzulage wird aus dem Grund nicht übertragen, dass im Rahmen des Entwurfs des Gesetzes zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes – weitere Maßnahmen eine Abschaffung der entsprechenden Zulage für die Beamtinnen und Beamten zugunsten einer signifikanten Erhöhung einer der Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten vorgesehen ist.

Hinsichtlich des Mindestbetrages von 100 Euro für das Jahr 2026 ist zu berücksichtigen, dass Mindestbeträge dazu führen, dass die Abstände zwischen den Besoldungsgruppen zusammengestaucht werden und sich das Besoldungsgefüge mit seinen abgestuften Ämterwertigkeiten verschiebt. Eine zu starke Verringerung der Abstände zwischen den Besoldungsgruppen stellt aber einen der Parameter des Bundesverfassungsgerichts dar, der auf eine fehlende Amtsgemessenheit der Alimentation hindeuten kann. Zudem zeigt sich mit Blick auf die ausstehende Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ein Erfordernis einer zusätzlichen Stärkung der Grundgehälter. Daher wurde ermittelt, welcher Prozentsatz eine Erhöhung des Grundgehalts in der niedrigsten mit einem Wert belegten Erfahrungsstufe der niedrigsten Besoldungsgruppe um 100 Euro sicherstellt. Um diesen Prozentsatz (3,36 Prozent) werden alle Grundgehälter sowie die Ober- und Untergrenzen der Grundgehaltsspannen für den

Auslandszuschlag erhöht. Auf diese Weise kommt allen Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter mindestens eine Grundgehaltssteigerung von 100 Euro zu Gute.

## **II. Änderung der Verordnung über die Gewährung einer monatlichen Unterhaltsbeihilfe an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare**

Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare stehen in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis. Ihnen wird eine monatliche Unterhaltsbeihilfe in Anlehnung an die Anwärterbezüge gewährt. Diese setzt sich aus einem monatlichen Grundbetrag und ggf. einem Familienzuschlag zusammen. Im Hinblick darauf, dass mit Artikel 1 bis 3 die Anwärterbezüge in den Jahren 2026 bis 2028 erhöht werden, wird der Grundbetrag der monatlichen Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare jeweils entsprechend angehoben (Artikel 7 bis 9).

## **III. Änderung der Ausbildungsordnung Justizdienst 1.2 im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis**

Auch Justizsekretäranwärterinnen und Justizsekretäranwärter, die sich in einer förderlichen Berufstätigkeit bewährt haben, absolvieren ihre Ausbildung und Prüfung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis und erhalten eine monatliche Unterhaltsbeihilfe und ggf. einen Familienzuschlag. Der Grundbetrag der monatlichen Unterhaltsbeihilfe für die Justizsekretäranwärterinnen und Justizsekretäranwärter in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis wird in den Jahren 2026 bis 2028 ebenfalls entsprechend erhöht (Artikel 10 bis 12).

## **IV. Änderung der Ausbildungsordnung für den Gerichtsvollzieherdienst im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis**

Gerichtsvollzieheranwärterinnen und Gerichtsvollzieheranwärter befinden sich ebenfalls in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis und erhalten eine monatliche Unterhaltsbeihilfe und ggf. einen Familienzuschlag. Auch der Grundbetrag dieser monatlichen Unterhaltsbeihilfe wird in den Jahren 2026 bis 2028 erhöht (Artikel 13 bis 15).

## **V. Änderung der Erschwerniszulagenverordnung**

Mit Artikel 16 bis 18 werden diejenigen Erschwerniszulagenbeträge, die von jeher dynamisiert sind, prozentual ab dem 1. April 2026 um 2,8 Prozent, ab dem 1. März 2027 um 2 Prozent und ab dem 1. Januar 2028 um 1 Prozent angehoben.

### **B. Im Einzelnen**

#### **Zu Artikel 1 (Änderung des Landesbesoldungsgesetzes)**

Artikel 1 regelt im Wesentlichen die Anpassung der Besoldung im Jahr 2026.

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht):

Redaktionelle Anpassung der Inhaltsübersicht zu § 17 des Landesbesoldungsgesetzes.

Zu Nummer 2 (§ 3 Absatz 7):

Es handelt sich um eine klarstellende Änderung.

Zu Nummer 3 (§ 17):

Es werden die für die Bezügeanpassung im Jahr 2026 erforderlichen Änderungen des § 17 des Landesbesoldungsgesetzes umgesetzt.

Zu Nummer 4 (§ 91):

Mit der Änderung wird der Grundsatz der zeitnahen Geltendmachung, nach dem ein Anspruch auf Besoldung, der über die gesetzlich zustehende Besoldung hinaus geht, schriftlich innerhalb des jeweiligen Haushaltsjahrs, für das die zusätzliche Besoldung verlangt wird, geltend gemacht werden muss, für das Jahr 2026 ausgesetzt. Damit muss im Jahr 2026 kein Antrag gestellt oder Widerspruch eingelegt werden, um einen etwaigen Anspruch auf eine höhere Besoldung als die gesetzlich zustehende Besoldung zu sichern.

Zu Nummer 5 (LBesO A):

Zu a)

Zum 1. August erfolgt als letzter Schritt des Gesetzes zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. Mai 2023 (GV. NRW. S. 317) eine Überleitung der betroffenen Lehrkräfte der Primarstufe und der Sekundarstufe I in Ämter der Besoldungsgruppe A 13. Daraus ergibt sich ein Anpassungsbedarf bei dem Amt „Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als Koordinatorin oder Koordinator –“.

Die betreffenden Lehrkräfte an Gesamtschulen haben derzeit ein funktionsbezogenes Beförderungsamts der Besoldungsgruppe A 13 inne. Ohne eine Anpassung bestünde ab dem Zeitpunkt der gesetzlichen Überleitung der Lehrkräfte der Primarstufe und der Sekundarstufe I in Ämter der Besoldungsgruppe A 13 zum 1. August 2026 zwischen den betroffenen Ämtern kein Besoldungsabstand mehr, obwohl die Koordinatorinnen und Koordinatoren an Gesamtschulen eine herausgehobene Funktion wahrnehmen. Um diesen notwendigen Besoldungsabstand zu wahren, wird ab dem 1. August 2026 eine Amtszulage in Höhe von dann 261,26 Euro monatlich für das Amt „Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als Koordinatorin oder Koordinator –“ ausgebracht.

Zu b)

Ab dem Jahr 2027 sollen sieben Kölner Finanzämter in einem Groß-Finanzamt mit sieben Fachabteilungen aufgehen, die von der Struktur zunächst den früheren Finanzämtern entsprechen. Während der Evaluierungsphase sollen einer Abteilungsleitung die (wesentlichen) Leitungsaufgaben übertragen und für die Dauer der Wahrnehmung der Leitungsaufgaben eine Stellenzulage nach der neu geschaffenen Fußnote 10 zur Besoldungsgruppe A 16 gewährt werden. Da

es sich um einen längeren Zeitraum handelt, kann hierbei eine entsprechende Rotation unter den Abteilungsleitungen erfolgen. Der Evaluierungszeitraum beginnt im Februar 2027 und endet am 31.12.2030. Die Zulage ist nicht ruhegehaltsfähig.

Zu Nummer 6 (LBesO B):

Zu a)

Das Leitungsamt des Landesbetriebs Mess- und Eichwesen hat bislang keine normative Ämterbewertung durch den Landesbesoldungsgesetzgeber erfahren. Das Amt „Direktorin, Direktor des Landesbetriebs Mess- und Eichwesen“ ist derzeit der Besoldungsgruppe A 16 mit Amtszulage zugeordnet.

Im Rahmen der normativen Ämterbewertung durch den Landesbesoldungsgesetzgeber werden die mit einer Funktion verbundenen Anforderungen in ihrer Gesamtheit betrachtet, um entsprechend § 19 Landesbesoldungsgesetz die Wertigkeit der Funktion sachgerecht mit den verbundenen Anforderungen unter Berücksichtigung der gemeinsamen Belange der Dienstherrn im Geltungsbereich des Landesbesoldungsgesetzes zu berücksichtigen.

Im Vergleich mit den Leitungsämtern der weiteren Landesbetriebe im Geltungsbereich des Landesbesoldungsgesetzes und unter Berücksichtigung des sachlichen und personellen Verantwortungsbereichs wird mit der Änderung eine sachgerechte Neubewertung des Amtes in Besoldungsgruppe B 2 vorgenommen.

Zu b)

Redaktionelle Änderung infolge der Umbenennung der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Hochschule der Justiz Nordrhein-Westfalen.

Zu Nummer 7 (Anlagen 6 bis 16):

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 2, mit der die Besoldungsanpassung in den Anlagen 6 bis 16 des Landesbesoldungsgesetzes umgesetzt wird.

Zu Nummer 8 (Anlage 15):

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 5 b).

**Zu Artikel 2 (Weitere Änderung des Landesbesoldungsgesetzes)**

Artikel 2 regelt die Anpassung der Besoldung im Jahr 2027.

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht):

Redaktionelle Anpassung der Inhaltsübersicht zu § 17 des Landesbesoldungsgesetzes.

Zu Nummer 2 (§ 17):

Es werden die für die Bezügeanpassung im Jahr 2027 erforderlichen Änderungen des § 17 des Landesbesoldungsgesetzes umgesetzt.

Zu Nummer 3 (Anlagen):

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 2, mit der die Besoldungsanpassung in den Anlagen 6 bis 16 des Landesbesoldungsgesetzes umgesetzt wird.

**Zu Artikel 3 (Weitere Änderung des Landesbesoldungsgesetzes)**

Artikel 3 regelt die Anpassung der Besoldung im Jahr 2028.

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht):

Redaktionelle Anpassung der Inhaltsübersicht zu § 17 des Landesbesoldungsgesetzes.

Zu Nummer 2 (§ 17):

Es werden die für die Bezügeanpassung im Jahr 2028 erforderlichen Änderungen des § 17 des Landesbesoldungsgesetzes umgesetzt.

Zu Nummer 3 (Anlagen):

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 2, mit der die Besoldungsanpassung in den Anlagen 6 bis 16 des Landesbesoldungsgesetzes umgesetzt wird.

**Zu Artikel 4 (Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes)**

Artikel 4 regelt die Anpassung der Versorgungsbezüge ab April 2026. Da die Erhöhungen nach § 17 des Landesbesoldungsgesetzes (Artikel 1) für die dort genannten Bezügebestandteile durch die dynamische Verweisung des § 84 Absatz 2 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes unmittelbar entsprechend für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger gelten, sind im Versorgungsbereich nur bestimmte von der Verweisung nicht erfasste Bezüge aus Anlass der Erhöhung anzupassen.

Zudem wird weiterer redaktioneller Anpassungsbedarf umgesetzt.

Zu Nummer 1 (§ 3):

Die Regelung dient lediglich der Klarstellung.

Zu Nummer 2 (§ 39):

Durch die klarstellende Regelung wird gewährleistet, dass nicht nur Beamtinnen und Beamten im aktiven Dienstverhältnis, sondern auch Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern Kraftfahrzeughilfe gewährt werden kann, wenn sie – bedingt durch einen Dienstunfall – nicht nur vorübergehend auf die Benutzung eines Kraftfahrzeugs angewiesen sind.

Zu Nummer 3 (§ 52):

§ 63b Soldatenversorgungsgesetz wurde im Zuge der Neuordnung des Soldatenversorgungsrechts durch das „Gesetz über die Entschädigung der Soldatinnen und Soldaten und zur Neuordnung des Soldatenversorgungsrechts“ vom 20. August 2021 (BGBl. I S. 3932) in die heutige Regelung des § 86 Soldatenversorgungsgesetz überführt. Der in § 52 enthaltene Verweis ist an die Neufassung des Soldatenversorgungsrechts anzupassen.

Zu Nummer 4 (§ 59):

Im Gegensatz zum Kindererziehungszuschlag ist gesetzlich nicht ausdrücklich geregelt, ab wann der Kindererziehungsergänzungszuschlag gewährt wird. Die Regelung hat lediglich klarstellenden Charakter.

Zu Nummer 5 (§ 61):

§ 61 Absatz 1 Satz 1 enthält keine ausdrückliche Regelung für den Fall der zeitgleichen Pflege mehrerer Pflegebedürftiger. Durch die klarstellende Neuregelung werden Unsicherheiten bei der Rechtsanwendung vermieden. Der Pflegezuschlag ist auch im Falle der zeitlich überschneidenden Pflege von mehreren Pflegebedürftigen nur einfach auszahlbar. Dies ergibt sich durch Auslegung anhand des Wortlauts, der Historie sowie nach dem Sinn und Zweck der Norm. Nach dem Wortlaut wird für die Zeit der Pflege ein Pflegezuschlag zum Ruhegehalt gezahlt, so dass nur auf den Zeitraum der Pflegeleistung, unabhängig von der Anzahl der gleichzeitig zu pflegenden Personen, abgestellt wird. Nach dem Sinn und Zweck der Vorschrift soll dem Versorgungsberechtigten für die Zeit der nicht-erwerbsmäßigen Pflege, für die er seine Wochenarbeitszeit mindestens auf 30 Wochenstunden reduzieren musste, ein versorgungsrechtlicher Ausgleich gewährt werden. Dabei kommt es nicht darauf an, ob er in dieser Zeit ein oder mehrere Personen pflegt. Historisch betrachtet war die nordrhein-westfälische Norm ursprünglich an derjenigen des § 50d Beamtenversorgungsgesetz des Bundes ausgerichtet. Mit der Dienstrechtsmodernisierung 2016 und dem Gesetz zur Stärkung der Versorgung bei Pflege und zur Änderung weiterer Vorschriften 2017 wurde die Höhe des Zuschlags in Nordrhein-Westfalen pauschalisiert; der Gesetzgeber hat eine Abkehr vom Rentenrecht vorgenommen und unabhängig davon, ob eine Mehrfachpflege vorliegt oder mehrere Pflegebedürftige zu pflegen sind, nur noch einen Pflegezuschlag vorgesehen.

Die Ergänzung des § 61 Absatz 1 durch einen weiteren Satz hat ebenfalls klarstellende Bedeutung. Einen Zuschlag zum Ruhegehalt wegen einer Pfllegetätigkeit kann dem Wortlaut der Norm entsprechend nur „Beamtinnen und Beamten“ zustehen, nicht Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten. Eine Pfllegetätigkeit während des Ruhestandes kann nicht zu einer Erhöhung des Ruhegehalts um einen Pflegezuschlag führen. Dies entspricht auch dem Sinn und Zweck der Vorschrift, da dem Versorgungsberechtigten für die Zeit der nicht erwerbsmäßigen Pflege, für die er seine Wochenarbeitszeit mindestens auf 30 Wochenstunden reduzieren musste, ein versorgungsrechtlicher Ausgleich gewährt werden soll. Sie dient demnach der Abmilderung der Benachteiligung pflegender Beamtinnen und Beamter, die aufgrund der Pflegesituation nicht Vollzeit tätig sein können.

Zu Nummer 6 (§ 66):

Auch bisher hat sich der in § 66 Absatz 2 Nummer 3 geregelte beamtenversorgungsrechtliche Erhöhungsbetrag für die Hinzuverdienstgrenze an der Geringfügigkeitsgrenze des Sozialrechts orientiert. Künftig soll durch einen dynamischen Verweis sichergestellt werden, dass unmittelbar mit der Änderung des Mindestlohns und damit einhergehender Änderung der Geringfügigkeitsgrenze eine Änderung der Hinzuverdienstgrenze für Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte, die wegen Dienstunfähigkeit, die nicht auf einem Dienstunfall beruht, oder wegen Schwerbehinderung in den Ruhestand versetzt worden sind, stattfindet. Somit kann bei künftigen Gesetzesänderungen von einer Anpassung abgesehen werden.

Die Änderung zu § 66 Absatz 5 übernimmt inhaltlich unverändert den bisherigen § 66 Absatz 11 und ordnet den Tatbestand systematisch dem Negativkatalog der nicht als Erwerbseinkommen geltenden Einkünfte in Absatz 5 zu. Damit wird die gesetzliche Systematik geschärft, indem sämtliche Ausnahmen vom Erwerbseinkommensbegriff in § 66 Absatz 5 abschließend zusammengeführt werden.

Die Streichung der Absätze 10 und 12 dient der Rechtsbereinigung und Systematisierung. Sie hebt zwei befristete Sonderregelungen auf, deren zeitlich begrenzter Anwendungsbereich abgelaufen ist.

#### Zu Nummer 7 (§ 71):

Es handelt sich um eine gesetzliche Klarstellung der mit dem Dienstrechtsmodernisierungsgesetz vom 14.06.2016 (GV.NRW.S.310) eingeführten Vorschrift, die bestimmt, dass Einmal-, Sonderzahlungen oder ähnliche Leistungen, die zusätzlich zu weiteren Leistungen im Sinne der §§ 66 – 70 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes gezahlt werden, bei der Anwendung der Ruhenvorschriften im jeweiligen Auszahlungsmonat zu berücksichtigen sind. Diese Regelung entsprach der geübten nordrhein-westfälischen Verwaltungspraxis. Die Anwendung des Zuflussprinzips stellt eine deutliche Verwaltungsvereinfachung dar, da Sachverhaltsermittlungen zur zeitlichen Zuordnung von Einmalzahlungen und rückwirkende Neuberechnungen vermieden werden können. Im Rahmen unterschiedlicher Verwaltungsgerichtsrechtsprechung (VG Arnsberg vom 14.08.2020- 3 K 2223/18 und VG Gelsenkirchen vom 09.02.2021- 33 K 3595/19) hat sich ein gesetzlicher Klarstellungsbedarf ergeben.

#### Zu Nummer 8 (§ 84):

§ 84 Absatz 3 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes beinhaltet Sonderregelungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, deren Versorgungsbezügen zum Eintritt in den Ruhestand keine in das Grundgehalt eingebaute allgemeine Stellenzulage zugrunde lag. Ihr Grundgehalt ist um den Betrag der Zulage zu vermindern. Bei Bezügeanpassungen ist auch der Verminderungsbetrag zu dynamisieren und das Grundgehalt um die aktuelle (fiktive) Zulage zu vermindern. Die Erhöhung erfolgt um 2,8 Prozent. Aufgrund der unterschiedlichen Höhe der Bemessungsgrundlage für die Sonderzahlung für die Versorgungsempfänger der Besoldungsgruppen A 2 bis A 6 und A 7 bis A 8 ergeben sich anstatt des früher einheitlichen Verminderungsbetrages zwei Verminderungsbeträge. Da nur das Grundgehalt zum 1. April 2026 um 3,36 Prozent angehoben werden soll, wird in Absatz 3a geregelt, dass die

Kürzungsbeträge aufgrund eines Versorgungsausgleichs abweichend wie auch alle übrigen Bezügebestandteile um 2,8 Prozent erhöht werden.

Mit der Einfügung des Absatzes 3b wird der Grundsatz der zeitnahen Geltendmachung, nach dem ein Anspruch auf Versorgung, der über die gesetzlich zustehende Versorgung hinaus geht, schriftlich innerhalb des jeweiligen Haushaltsjahrs, für das die zusätzliche Versorgung verlangt wird, geltend gemacht werden muss, für das Jahr 2026 ausgesetzt. Damit muss im Jahr 2026 kein Antrag gestellt oder Widerspruch eingelegt werden, um einen etwaigen Anspruch auf eine höhere Versorgung als die gesetzlich zustehende Versorgung zu sichern.

#### Zu Nummer 9 (Anlagen 1 und 2):

Die Beträge für den versorgungsrechtlichen Unfallausgleich (§ 41 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes), für die Kindererziehungs- und Kindererziehungsergänzungszuschläge (§ 59 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes), den Kinderzuschlag zum Witwengeld oder Witwergeld (§ 60 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes) und die Pflege- und Kinderpflegeergänzungszuschläge (§ 61 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes) werden im Rahmen der allgemeinen Anpassung der Bezüge zeitgleich angepasst. Dementsprechend sind die Anlagen zum Landesbeamtenversorgungsgesetz, in denen die Beträge aufgeführt werden, neu zu fassen. Da nur das Grundgehalt zum 1. April 2026 um 3,36 Prozent angehoben werden soll, werden die Beträge um 2,8 Prozent erhöht.

#### **Zu Artikel 5 (Weitere Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes)**

Artikel 5 regelt die Anpassung der Versorgungsbezüge ab März 2027. Da die Erhöhungen nach § 17 des Landesbesoldungsgesetzes (Artikel 1) für die dort genannten Bezügebestandteile durch die dynamische Verweisung des § 84 Absatz 2 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes unmittelbar entsprechend für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger gelten, sind im Versorgungsbereich nur bestimmte von der Verweisung nicht erfasste Bezüge aus Anlass der Erhöhung anzupassen. Die spezielle Regelung des Absatz 3a kann wieder aufgehoben werden, weil keine unterschiedliche Anpassung der Bezügebestandteile vorgenommen wird.

#### **Zu Artikel 6 (Weitere Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes)**

Artikel 6 regelt die Anpassung der Versorgungsbezüge ab Januar 2028. Da die Erhöhungen nach § 17 des Landesbesoldungsgesetzes (Artikel 1) für die dort genannten Bezügebestandteile durch die dynamische Verweisung des § 84 Absatz 2 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes unmittelbar entsprechend für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger gelten, sind im Versorgungsbereich nur bestimmte von der Verweisung nicht erfasste Bezüge aus Anlass der Erhöhung anzupassen.

### **Zu Artikel 7 (Änderung der Verordnung über die Gewährung einer monatlichen Unterhaltsbeihilfe an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare)**

Durch Artikel 7 wird der monatliche Grundbetrag der Unterhaltsbeihilfe für die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare im Jahr 2026 ab dem 1. April 2026 um einen Betrag von 60 Euro erhöht.

### **Zu Artikel 8 (Weitere Änderung der Verordnung über die Gewährung einer monatlichen Unterhaltsbeihilfe an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare)**

Durch Artikel 8 wird der monatliche Grundbetrag der Unterhaltsbeihilfe für die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare im Jahr 2027 ab dem 1. März 2027 um einen Betrag von 60 Euro erhöht.

### **Zu Artikel 9 (Weitere Änderung der Verordnung über die Gewährung einer monatlichen Unterhaltsbeihilfe an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare)**

Durch Artikel 9 wird der monatliche Grundbetrag der Unterhaltsbeihilfe für die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare im Jahr 2028 ab dem 1. Januar 2028 um einen Betrag von 30 Euro erhöht.

### **Zu Artikel 10 (Änderung der Ausbildungsordnung Justizdienst 1.2 im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis)**

Durch Artikel 10 wird der monatliche Grundbetrag der Unterhaltsbeihilfe für die in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis befindlichen Justizsekretäranwärterinnen und Justizsekretäranwärter ab dem 1. April 2026 um einen Betrag von 60 Euro erhöht.

### **Zu Artikel 11 (Weitere Änderung der Ausbildungsordnung Justizdienst 1.2 im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis)**

Durch Artikel 11 wird der monatliche Grundbetrag der Unterhaltsbeihilfe für die in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis befindlichen Justizsekretäranwärterinnen und Justizsekretäranwärter ab dem 1. März 2027 um einen Betrag von 60 Euro erhöht.

### **Zu Artikel 12 (Weitere Änderung der Ausbildungsordnung Justizdienst 1.2 im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis)**

Durch Artikel 12 wird der monatliche Grundbetrag der Unterhaltsbeihilfe für die in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis befindlichen Justizsekretäranwärterinnen und Justizsekretäranwärter ab dem 1. Januar 2028 um einen Betrag von 30 Euro erhöht.

**Zu Artikel 13 (Änderung der Ausbildungsordnung für den Gerichtsvollzieherdienst im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis)**

Durch Artikel 13 wird der monatliche Grundbetrag der Unterhaltsbeihilfe für die in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis befindlichen Gerichtsvollzieheranwärterinnen und Gerichtsvollzieheranwärter ab dem 1. April 2026 um einen Betrag von 60 Euro erhöht.

**Zu Artikel 14 (Weitere Änderung der Ausbildungsordnung für den Gerichtsvollzieherdienst im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis)**

Durch Artikel 14 wird der monatliche Grundbetrag der Unterhaltsbeihilfe für die in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis befindlichen Gerichtsvollzieheranwärterinnen und Gerichtsvollzieheranwärter ab dem 1. März 2027 um einen Betrag von 60 Euro erhöht.

**Zu Artikel 15 (Weitere Änderung der Ausbildungsordnung für den Gerichtsvollzieherdienst im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis)**

Durch Artikel 15 wird der monatliche Grundbetrag der Unterhaltsbeihilfe für die in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis befindlichen Gerichtsvollzieheranwärterinnen und Gerichtsvollzieheranwärter ab dem 1. Januar 2028 um einen Betrag von 30 Euro erhöht.

**Zu Artikel 16 (Änderung der Erschwerniszulagenverordnung)**

Durch Artikel 16 werden die Erschwerniszulagen, die seit jeher an den allgemeinen Bezügeanpassungen teilnehmen, ab dem 1. April 2026 wie vergleichbare Zulagen im Tarifbereich um 2,8 Prozent erhöht.

**Zu Artikel 17 (Weitere Änderung der Erschwerniszulagenverordnung)**

Durch Artikel 17 werden die Erschwerniszulagen, die seit jeher an den allgemeinen Bezügeanpassungen teilnehmen, ab dem 1. März 2027 wie vergleichbare Zulagen im Tarifbereich um 2 Prozent erhöht.

**Zu Artikel 18 (Weitere Änderung der Erschwerniszulagenverordnung)**

Durch Artikel 18 werden die Erschwerniszulagen, die seit jeher an den allgemeinen Bezügeanpassungen teilnehmen, ab dem 1. Januar 2028 wie vergleichbare Zulagen im Tarifbereich um 1 Prozent erhöht.

**Zu Artikel 19 (Gesetz zur Überleitung der Gesamtschulrektorinnen, Gesamtschulrektoren – als Koordinatorinnen oder Koordinatoren in Ämter der Besoldungsgruppe A 13 mit Amtszulage)**

Artikel 19 regelt die Überleitung der am 1. August 2026 vorhandenen Lehrkräfte mit dem Amt „Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als Koordinatorin, als Koordinator –“ in das neue Amt mit Amtszulage. So wird sichergestellt, dass alle Beamtinnen und Beamte, die das entsprechende Beförderungsamt innehaben, zu dem gleichen Zeitpunkt in das neue Amt gelangen, zu dem auch die Überleitung der Lehrkräfte der Primarstufe und der Sekundarstufe I in Ämter der Besoldungsgruppe A 13 aufgrund des Gesetzes zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften erfolgt.

Dabei regelt § 1 die Überleitung, § 2 das Außerkrafttreten und § 3 das Inkrafttreten des Gesetzes.

**Zu Artikel 20 (Inkrafttreten)**

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.